

Keine Zukunft ohne Mut Menschenrechtsverteidiger in den USA sprechen über die Klimakrise

Amnesty International ist eine Bewegung von 10 Millionen Menschen, die die Menschlichkeit in allen Menschen hervorhebt und Kampagnen für Veränderung durchführt, damit wir alle unsere Menschenrechte genießen können.

Unsere Vision ist eine Welt, in der die Machthaber ihre Versprechen halten, das Völkerrecht wahren und zur Rechenschaft gezogen werden. Wir sind unabhängig von jeder Regierung, politischen Ideologie, finanziellen Interessen oder Religion und werden hauptsächlich von unseren Mitgliedern und individuellen Spenden finanziert.

Wir glauben, dass Solidarität und Mitgefühl mit Menschen überall unsere Gesellschaften zum Besseren verändern können.

1. Einführung

Die Klimakrise ist eine Menschenrechtskrise, die sich jeden Tag verschlimmert und viele Regionen und Bevölkerungsgruppen in den Amerikas mit zunehmenden Risiken konfrontiert sind. Wie der jüngste Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zeigt, müssen die Staaten im Einklang mit den Menschenrechten rasche und nachhaltige Maßnahmen ergreifen, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5 °C zu begrenzen und die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise zu vermeiden.

Unter diesen Umständen ist eine sinnvolle, breite und vielfältige Beteiligung der Akteure der Zivilgesellschaft, wie Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die die Menschenrechte im Rahmen von Klimaschutzmaßnahmen verteidigen, eine entscheidende Voraussetzung für die Überwachung der staatlichen Maßnahmen sowie für die Bereitstellung von Beiträgen zur Gewährleistung von Klimagerechtigkeit und wirklichen Lösungen für die Menschenrechtskrise. Dazu gehören eine erhebliche Beteiligung an nationalen und internationalen Entscheidungsräumen, wie den Konferenzen der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), sowie die Gewährleistung der Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, Vereinigung und friedliche Versammlungsfreiheit.

In den Amerikas sind jedoch Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die die Umwelt und die Klimagerechtigkeit verteidigen, oft aus den Entscheidungsräumen ausgeschlossen und stehen auch vor enormen Hindernissen und Risiken, die weit dokumentiert sind, wie z.B. Schmutzkampagnen, Einschüchterung, Drohungen, physische Angriffe oder Kriminalisierung. Darüber hinaus werden diese Hindernisse durch die in der Region bestehende Ungleichheit sowie die Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Herkunft, Staatsangehörigkeit, Klasse, Geschlecht, Geschlechter, Sprache, sexueller Orientierung, Alter oder anderen Status verschärft. Trotz dieser schwierigen Situation arbeiten Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen weiterhin an angemessenen Lebensbedingungen für ihre Gemeinschaften und für zukünftige Generationen.

Ziel dieses Berichts ist es, die Arbeit, Leistungen und Ansätze von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen zu veranschaulichen, die die Menschenrechte in Bezug auf das Klima verteidigen und der Schlüssel sind, um konkrete Antworten auf die schwerwiegenden Herausforderungen zu liefern, die durch die Klimakrise in den Vereinigten Staaten und darüber hinaus dargestellt werden. Zu diesen Gruppen gehören indigene Völker, Afro-Abstammung und andere rassistische Völkerschaften und Gruppen; Bauern und ländliche Gemeinschaften, die sich organisieren, um Territorium, Umwelt und nachhaltige Lebensgrundlagen zu verteidigen; Klima- und Umweltschützer; und alle, die einzeln oder gemeinsam Maßnahmen ergreifen, um Alternativen zu suchen und gerechte und integrative Lösungen anzubieten, die den Klimawandel mildern, einen Übergang zu einer fossilen Brennstoffen-freien Zukunft mit erneuerbarer Energie beitragen, die die

Umwelt respektiert und die Menschenrechte, sich an den Klimaschutz anpassen und bereits unvermeidliche Verluste und Schäden entschädigen.

Die Beseitigung der Gewinnung und Nutzung fossiler Brennstoffe ist eine Priorität bei der Eindämmung des Klimawandels. Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen in den Vereinigten Staaten ergreifen entscheidende Maßnahmen, um dieser Branche ein Ende zu setzen. In Kanada zum Beispiel lehnen sich die Wet'suwet'en gegen den Bau – ohne ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung – einer Gasleitung in ihrem Vorfahrenland ab. In Ecuador hat eine Gruppe junger Mädchen rechtliche Schritte gegen die Verbrennung von Erdgasabfällen aus der Ölgewinnung (bekannt als „Gasflammen“) eingeleitet, die zu einer Zunahme von CO₂ beitragen und einen erheblichen Einfluss auf die Gesundheit der örtlichen Bevölkerung haben.

Eine weitere dringende Maßnahme zur Eindämmung des Klimawandels ist der Schutz von Kohlenstoffspeichern und Hotspots der biologischen Vielfalt wie Wälder und Ozeane. Auch in den Amerikas sind Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen in diesem Bereich tätig. In Kolumbien zum Beispiel hat eine Gemeinschaft von Fischern die Verschmutzung und Zerstörung der Wasserkörper verurteilt, die es ihnen ermöglichen, mit geringer Umweltbelastung zu leben. In Brasilien setzen Afro-Frauen eine alternative nachhaltige Nutzung des Amazonaswaldes vor, die auf traditionellen regionalen Kulturen wie dem Babassu-Kokos basiert.

Inzwischen führen Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen in den Amerikas den Prozess der Anpassung an das Leben in einer Welt, die bereits durch schädliche menschliche Aktivitäten tief verändert wurde. In Quebec, Kanada, studiert die Innu-Nation von Pessamit seit zwei Jahrzehnten die Auswirkungen des Klimawandels auf ihr Vorfahren-Territorium und implementiert Wege zur Anpassung und Erhaltung ihres Territoriums gegenüber dem Klimawandel. Menschenrechtsverteidiger in den Amerikas kritisieren außerdem, dass der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft auf Kosten lokaler Gemeinschaften stattfindet, die bereits von Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Diskriminierung betroffen sind. In diesem Zusammenhang ergreifen die indigenen Völker im Norden Argentiniens Maßnahmen, um ihr Recht auf Konsultation, auf freie, vorherige und informierte Zustimmung und auf ihren Lebensunterhalt zu bekräftigen, da das Lithium-Mining ihre Vorfahren bedroht. Der Kampf dieser Gemeinschaften ist ein klares Beispiel dafür, wie die Klimagerechtigkeit noch weit davon entfernt ist, Realität zu sein. Um sicherzustellen, dass die Staaten die Menschenrechte im Zusammenhang mit der Klimakrise, einschließlich des Rechts auf eine gesunde Umwelt, gewährleisten, setzen

Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen eine Vielzahl von Instrumenten und Strategien ein, wie z.B. Klimaschädigung, Menschenrechtserziehung, Verteidigung inklusive Dialog mit Entscheidungsträgern und Mobilisierung, namentlich mit friedlichen Protesten. All dies hat in einigen Fällen mit großer Anstrengung positive Auswirkungen gehabt. Damit diese Errungenschaften jedoch umfassender und nachhaltiger sind, müssen Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen in der Lage sein, ihre Arbeit frei durchzuführen und sinnvoll an der Entscheidungsfindung im Umwelt- und Klimaschutzbereich teilzunehmen, ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen zu haben. Es gibt noch viel zu tun, bevor diese Voraussetzungen in den Amerikas Wirklichkeit werden.

Dieses Dokument schließt mit einer Reihe von Empfehlungen für die Staaten, die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger im Kontext des Klimawandels, insbesondere derjenigen, die die Umwelt verteidigen, anzuerkennen, zu schützen und zu garantieren. Die Empfehlungen konzentrieren sich auf die Gewährleistung eines sicheren und förderlichen Umfelds für ihre Arbeit mit wirksamen Schutzmechanismen, die dem kollektiven Charakter ihrer Tätigkeit sowie den spezifischen Merkmalen ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer ethnischen oder sonstigen Stellung Rechnung tragen, und auf die Sicherung des Rechts auf sinnvolle Beteiligung an der Entscheidungsfindung über das Klima und andere Fragen auf lokaler und internationaler Ebene.

2. METHODOLOGIE

Dieses Dokument ist das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Teams von Amnesty International (mit Sitz in internationalen, regionalen und ländlichen Büros) und Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die die Menschenrechte im Zusammenhang mit der Klimakrise in den Amerikas verteidigen.

Die gesammelten Informationen basieren auf der Dokumentation von Amnesty International über die Arbeit von Umwelt- und Klima-Menschenrechtsverteidigern, die in den letzten Jahren zusammengestellt wurden. Er basiert auch auf Interviews mit Frontline-Akteuren wie indigenen Völkern, Gemeinschaftsvertretern, lokalen Gruppen und anderen MenschenrechtsverteidigerInnen in Argentinien, Brasilien, Kanada, Kolumbien und Ecuador. Die Namen einiger Befragten wurden wegen der Sicherheitsrisiken, mit denen sie konfrontiert sind, zurückgehalten. Auch wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Experten für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik, Umwelt und Klimawandel wurden konsultiert.

Darüber hinaus konsultierte Amnesty International offene Quellen über den Kontext, in dem Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen Menschenrechte verteidigen. Dazu gehören Berichte von Menschenrechtsorganisationen und anderen Einrichtungen, die sich mit Umwelt und Klimawandel befassen, sowie Publikationen von Experten und spezialisierten Medien zu diesen Themen.

Anstatt zu versuchen, eine umfassende Analyse der in der Region unternommenen Initiativen zur Bewältigung der Klimakrise vorzunehmen, sammelt dieser Bericht Informationen über Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen, über die Amnesty International kampagiert hat und die dazu beitragen können, die Situation in den Amerikas zu veranschaulichen. Amnesty International dankt allen Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die ihre Zeit investierten und wertvolle Zeugenaussagen machten, sowie alle, die zur Erstellung dieses Berichts beigetragen haben.

3. Klima-Notfall, Ungleichheit und Menschenrechte

Die Amerikas sind von der vom Menschen verursachten Klimakrise und ihren Auswirkungen auf die Menschenrechte schwer betroffen. Die Region und die Menschen, die darin leben, sind von extremen Ereignissen wie Zyklonen, Niederschlägen und Überschwemmungen, Dürren (insbesondere in Chile) und Waldbränden gefährdet. Die globale Erwärmung betrifft auch Ökosysteme wie Wälder, Gletscher und Schneeabdeckung, Meer- und Seeis (Gletschereien in den tropischen Anden haben in den letzten 50 Jahren mindestens 30% ihrer Oberfläche verloren, mit einer ähnlichen Situation in Kanada), sowie den Anstieg des Meeresspiegels. Der Klimawandel und seine Auswirkungen haben verheerende Folgen für das Recht auf Leben, Gesundheit, Wohnraum, Nahrung, Bildung und eine gesunde Umwelt, unter anderem Menschenrechte. Treibhausgase (GHG) sind die Haupttreiber des Klimawandels durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohlenstoff, Öl und Gas. Aber nicht alle Länder – und nicht alle Menschen – tragen die gleiche Verantwortung für die Treibhausgasemissionen und damit für die Klimakrise. Die Länder im globalen Norden sind die Länder, die am meisten emittieren und am meisten fossile Brennstoffe verwenden. Zehn Prozent der Menschen auf dem Planeten waren für fast die Hälfte aller weltweiten energiebezogenen CO₂-Emissionen im Jahr 2021 verantwortlich; von dieser Gruppe kamen 85% aus entwickelten Volkswirtschaften, darunter Kanada und die Vereinigten Staaten. Und diejenigen, die am meisten ausgeben, sind die mit den meisten Ressourcen. Laut Oxfam emittieren die reichsten 1% der Weltbevölkerung mehr als doppelt so viel als die ärmsten 50% der gesamten Bevölkerung. fossile Brennstoffunternehmen, ob staatlich oder privat, spielen eine Schlüsselrolle bei den Emissionen, die die globale Erwärmung treiben. Laut der Carbon Majors-Datenbank haben 100 bestehende fossile Brennstoffunternehmen (und acht, die nicht mehr existieren) in 150 Jahren fast eine Billion Tonnen Treibhausgasemissionen erzeugt – mehr als die Hälfte aller Emissionen seit der

industriellen Revolution. Diese 100 Unternehmen sind seit 1988 für 71 % aller Treibhausgasemissionen verantwortlich. In den Amerikas sind nach Angaben der Datenbank die privaten Unternehmen, die für die meisten Emissionen in diesem Zeitraum verantwortlich sind, aus den Vereinigten Staaten: ExxonMobil, Chevron und Peabody. Der größte Emittent unter den staatlichen Unternehmen in den Amerikas ist die mexikanische Firma Pemex, gefolgt von der venezolanischen Firma Petróleos de Venezuela, S.A.

Trotz der Tatsache, dass Menschen mit weniger Ressourcen, insbesondere aus Ländern des globalen Südens, keinen wesentlichen Beitrag zum Klimawandel leisten, sind es diese Menschen, die am meisten von ihm betroffen sind.

Laut dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) lebt etwa die Hälfte der Weltbevölkerung in Gebieten, die „sehr anfällig“ für den Klimawandel sind, und es sind Menschen mit erheblichen Entwicklungsbeschränkungen, die am stärksten ausgesetzt sind. Dies beeinträchtigt unverhältnismäßig die Menschenrechte von Menschen mit geringeren Ressourcen und höheren Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel im globalen Süden, einschließlich des Rechts auf Leben, Gesundheit, ausreichende Nahrungsmittel, Wasser und Sanitärversorgung, ein anständiges Zuhause, Beschäftigung, einen angemessenen Lebensstandard und Kultur. Zwischen 2010 und 2020 war die Sterblichkeitsrate durch Klimakatastrophen (wie Stürme, Überschwemmungen und Dürre) in schutzbedürftigen Regionen und Bevölkerungsgruppen 15 Mal höher. Extreme Wetterereignisse haben größere negative Auswirkungen auf die Nahrungsmittel- und Wassersicherheit in bestimmten Gemeinden und Regionen, darunter Zentralamerika und Südamerika, sowie auf Bevölkerungsgruppen mit höherem Risiko, wie indigene Völker, kleine Erzeuger und Haushalte mit niedrigem Einkommen.

Tatsächlich haben die Sonderberichtersteller der Vereinten Nationen (UN) festgestellt, dass viele Gemeinden mit niedrigem Einkommen, ethnische Minderheiten, indigene Völker und gefährdete oder andere benachteiligte Gemeinschaften in Gebieten leben, die stark mit giftigen Substanzen verschmutzt sind, auch als "Opferzonen" bezeichnet, in einem Kontext, das zu Verstößen oder Verletzungen der Menschenrechte führt. Obwohl solche Orte „in den zuvor kolonialisierten Gebieten des globalen Südens konzentriert sind, ist der globale Norden weitgehend für diese Bedingungen verantwortlich“. Sie sind oft das Ergebnis von Politiken, die das Wirtschaftswachstum oder die Unternehmensgewinne über das Leben, die Gesundheit, die Würde und das Wohlbefinden der Menschen priorisieren.

Auf der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), die 2015 (COP21) stattfand, haben 196 Staaten eine Vereinbarung zur Bewältigung der Klimakrise und der damit verbundenen Ungleichheiten verabschiedet, indem sie den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter 2 °C über den vorindustriellen Niveaus halten und Anstrengungen unternahmen, den Temperaturanstieg auf 1,5 °C zu begrenzen. Dies wird als das Übereinkommen von Paris bezeichnet und sieht vor, dass die Staaten Minderungsmaßnahmen durchführen und national festgelegte Beiträge (NDCs) für die Treibhausgasemissionen mitteilen müssen. Sie müssen auch Maßnahmen ergreifen, um sich an die negativen Auswirkungen des Klimawandels anzupassen, und die dadurch verursachten Verluste und Schäden auf ein Minimum zu reduzieren und zu beheben, indem sie die erforderlichen Ressourcen bereitstellen. Die Anpassungsmaßnahmen haben ihre Grenzen, und die am stärksten betroffenen müssen Entschädigung für die irreversiblen Verluste und Schäden erhalten, die durch den Klimawandel verursacht wurden. Dies gilt für die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen im Trockenen Korridor Zentralamerikas, die Jahr für Jahr unter Wasserknappheit, Wüstenbildung und hohen Temperaturen, Stürmen und Hurrikans, steigenden Meeresspiegeln und Überschwemmungen leiden und die daraus resultierenden langfristigen Auswirkungen auf den Zugang zu Menschenrechten wie Wasser, Nahrung, Wohnraum, Gesundheit, Kultur und Beschäftigung haben.

Während der COP, die 2022 in Ägypten stattfand, haben die Regierungen einen Verlust- und Schadensfonds und andere „Finanzierungsvereinbarungen“ eingerichtet, um „Entwicklungsländern“

zu helfen, die besonders anfällig für die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels sind. Dies war ein wichtiger Schritt vorwärts, um der Forderung zu entsprechen, die die am stärksten betroffenen Länder des globalen Südens, einschließlich der Länder Lateinamerikas und der Karibik, seit 30 Jahren stellen. Die zur Entschädigung von Verlusten und Schäden sowie zur Eindämmung und Anpassung an den Klimawandel erforderlichen Mittel wurden jedoch noch nicht mobilisiert. Das Ziel ist es, dass die Länder des globalen Nordens ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar gemeinsam mobilisieren, um den Ländern im globalen Süden bei der Abschwächung und Anpassung zu helfen. Die überwiegende Mehrheit der bereitgestellten Mittel wurde jedoch in Form von Darlehen anstatt von Zuschüssen bereitgestellt, und diese wurden zu ziemlich unfreundlichen Bedingungen angeboten. Darüber hinaus ist der Verlust- und Schadensfonds trotz der Dringlichkeit für die am stärksten betroffenen Länder und Gemeinschaften noch nicht in Betrieb genommen worden.

Diese Fonds und andere Maßnahmen, die zur Bewältigung der Klimakrise erforderlich sind, sollten sich auch mit dem Schutz und der Wiederherstellung von Ökosystemen und ihrer biologischen Vielfalt befassen, da sie eine entscheidende Rolle bei der natürlichen Regulierung der globalen Erwärmung spielen. Wenn es um die biologische Vielfalt geht, sind die Länder in den Amerikas auch wichtige Akteure auf der globalen Bühne. Die Region beherbergt sieben der 17 biologisch vielfältigsten Länder der Welt, darunter die Vereinigten Staaten und Brasilien. Zu den reichsten Gebieten in Bezug auf die biologische Vielfalt zählen die Dschungel und die Wälder Mexikos und Zentralamerikas, der Amazonas, die Riffe der Karibik, der Golf von Kalifornien, ozeanische Inseln wie die Galapagos und das chilenische und argentinische Patagonien. Gebiete mit einer hohen Konzentration an biologischer Vielfalt wie Ozeane, Wälder, Feuchtgebiete und Böden fungieren als Kohlendioxidspeicher, was bedeutet, dass sie Treibhausgase aufnehmen und sie aus der Atmosphäre halten. Daher spielt ihre Erhaltung eine grundlegende Rolle bei der Eindämmung des Klimawandels. Darüber hinaus bieten diese Gebiete kritische Bioressourcen für das menschliche Leben, wie Nahrungsmittel, Medikamente und Energie, die Teil sind des Rechts auf Nahrung und auf einen angemessenen Lebensstandard.

Allerdings sind die natürlichen Ökosysteme der Amerikas bedroht, nicht nur durch den Klimawandel, der durch Treibhausgase verursacht wird, was das Risiko des Aussterbens von Tier- und Pflanzenarten erhöht, sondern auch durch die Veränderung der Landnutzung für intensive industrielle, landwirtschaftliche und Viehzuchtaktivitäten, den Tourismus, die Fischereiindustrie, die unkontrollierte Entwaldung, die Verschmutzung der Ozeane und Feuchtgebiete und den Bergbau. Sie ist auch durch Megaprojekte bedroht, die ohne Gedanken an die Auswirkungen, die sie auf das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt haben werden, einschließlich des Rechts auf ein sicheres Klima, sowie auf andere Menschenrechte, geplant werden. Der Amazonas z.B. schrumpft jedes Jahr weiter: Die entwaldete Fläche im brasilianischen Amazonas ist von 2020 bis 2021 um 22% gestiegen und im Vergleich zum durchschnittlichen jährlichen entwaldeten Gebiet zwischen 2009 und 2018 verdoppelt. Darüber hinaus gibt es 438 Orte, die als Wetlands of International Importance (Ramsar-Standorte) in den Amerikas bezeichnet wurden. Lateinamerika und die Karibik gehören zu den Regionen, in denen eine größere Verschlechterung des Zustands dieser Ökosysteme gemeldet wurde.

Die Bekämpfung des Verlusts der biologischen Vielfalt trägt zur Gewährleistung des Rechts auf ein Leben in einer sicheren, sauberen und nachhaltigen Umwelt für alle bei. Es gibt eine Reihe internationaler Abkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt. Dazu gehört das Abkommen 30x30, das auf der UN-Konferenz über biologische Vielfalt (COP 15), die Ende 2022 in Montreal, Kanada, stattfand, verabschiedet wurde, in dem die Vertragsparteien sich verpflichten, bis 2030 30 % der weltweiten Land- und Meeresmasse als Schutzgebiete für die Erhaltung der Artenvielfalt zu bezeichnen. Der Schutz und die Wiederherstellung dieser Ökosysteme ist einer der effizientesten, gerechtesten und kostengünstigsten Mechanismen, um Kohlenstoff zu erfassen und zu speichern, ohne die Menschenrechte zu gefährden. Der Schwerpunkt der Vereinbarung sollte sich jedoch nicht auf die Fläche beschränken, die sie abdeckt, sondern auf die Art und Weise, wie sie verwaltet wird, wer die Gebiete auswählt und welche Arten von biologischer Vielfalt darin vorhanden sind. Die

indigenen Völker und die lokalen Gemeinschaften haben hier eine Schlüsselrolle zu spielen. Leider haben die Staaten bei der COP15 nicht ausdrücklich die Gebiete der indigenen Völker anerkannt und

Gebiete als eine besondere Kategorie von Schutzgebieten, und dies bedroht ihre Rechte. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist jedoch nicht nur eine Frage der "Pflanzung von mehr Bäumen". Die in den Kohlenstoffmärkten häufig eingesetzten Praktiken der Abholzung und Reforestation zur Ausgleicheung der Emissionen können äußerst problematisch sein, wenn sie nicht von Umwelt- und Menschenrechtsschutzmaßnahmen begleitet werden, insbesondere im Hinblick auf das Recht auf Konsultation und die freie, vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Völker, und können bei der Kohlendioxidabscheidung unwirksam sein. In vielen Fällen besteht die beste Lösung darin, die bestehenden Grundlagen mit Umwelt- und Menschenrechtsschutzmaßnahmen, insbesondere dem Recht der indigenen Völker auf Autonomie und Selbstbestimmung, zu erhalten und zu verstärken.

Schließlich zwingt dieser Kontext der Klimakrise und der Menschenrechtskrise viele Menschen, in andere Teile ihres Landes zu ziehen, während andere einfach emigrieren. Die Weltbank warnt, dass bis 2050 mehr als 143 Millionen Menschen in Südasien, Afrika und Lateinamerika aufgrund zunehmender Dürre, Überschwemmungen, steigender Meeresspiegel und durch den menschlichen Klimawandel verursachten Katastrophen vertrieben werden. Amnesty International hat die Situation von Gemeinden an der Pazifikküste Honduras dokumentiert, wo die Gründe für die Vertriebenen mit den Menschenrechtsfolgen des zunehmenden Verlusts der Küste aufgrund des Klimawandels und der Umweltzerstörung ihrer Lebensgrundlagen verbunden sind, was diesen bereits verarmten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen zusätzlichen Druck ausübt. Darüber hinaus leidet die Region regelmäßig unter den Auswirkungen von Hurrikans, wie Eta und Iota im Jahr 2021, und die Situation des Trockenen Korridors von Nicaragua nach Süd-Mexiko ist besonders besorgniserregend. Drei Länder in der Region, Guatemala, Honduras und Nicaragua sowie Kolumbien und Haiti, zählen zu den elf am stärksten anfälligen Ländern der Welt für den Klimawandel. All dies geschieht im Kontext hochfeindlicher und rassistischer Migrationspolitiken, die die Opfer von Situationen, deren Ursachen auf den globalen Norden zurückzuführen sind, an den Landesgrenzen abwenden.

Vor diesem Hintergrund besteht die dringende Notwendigkeit, dass die Behörden mit gerechten politischen Reaktionen Maßnahmen ergreifen, um den Klimawandel zu mildern. Klimaschutz konzentriert sich auf die strukturellen Ursachen der Klimakrise und auf die Art und Weise, wie sie Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Ländern aufbaut und verstärkt.

Die Forderungen der Klimagerechtigkeit beruhen auf der Notwendigkeit, solche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten anzugehen, was beginnt, indem Klimaschutzmaßnahmen auf die Perspektiven, das Wissen und die Anforderungen der von der Klimakrise am stärksten betroffenen Gruppen und Gemeinschaften ausgerichtet werden. Geschlecht, Rasse, Klasse, ethnische Zugehörigkeit, Behinderung und zwischengenerative Gerechtigkeit sind wesentlich, um dies zu erreichen.

4. VERTEIDIGUNG DER MENSCHERRECHTE im Lichte der

Klimakrise

4.1 Wer sind Menschenrechtsverteidiger?

Inmitten dieser Klima- und Umweltkrise arbeiten Menschenrechtsverteidiger in den Amerikas friedlich, um die Menschenrechte aller Menschen zu schützen. Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen in der Region befassen sich mit dem Verlust der biologischen Vielfalt und der Verschmutzung der Luft, des Wassers und des Landes, die die Menschenrechte von Millionen von Menschen ernsthaft beeinträchtigen. Sie konzentrieren ihre Maßnahmen und Forderungen auf die

strukturellen Ursachen der Klimakrise und darauf, wie der Klimawandel Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Ländern schafft und verstärkt. Darüber hinaus wird die Verteidigung der Menschenrechte gemeinsam und innerhalb der von der Klimakrise unmittelbar betroffenen Gemeinschaften durchgeführt.

Zu den Menschenrechtsverteidiger gehören auch Personen, Gruppen und Organisationen, deren Handlungen nicht ausdrücklich oder offensichtlich mit der Verteidigung einer oder mehrerer Menschenrechte verknüpft sind: Gesundheitsfachkräfte, Richter und Journalisten, wenn sie "... zusätzliche Anstrengungen bei der Ausführung ihrer üblichen Arbeit unternehmen, um sicherzustellen, dass die Menschenrechtsvorschriften wirklich eingehalten werden."

In den Amerikas, einer Region, die von kolonialer Geschichte, Rassismus und inhärenter Ungleichheit gekennzeichnet ist, haben die indigenen Völker Widerstand geleistet und eine Schlüsselrolle bei der Verteidigung der Umwelt und der Klimagerechtigkeit gespielt. Sie haben uralte Praktiken angewandt, um ihr Territorium, ihr Wasser und ihre Kulturen vor den schädlichen Auswirkungen von Industrien wie intensiver Viehzucht, Landwirtschaft und Fischerei sowie Bergbau, Tourismus und der Energie- und fossilen Brennstoffindustrie zu schützen. So koordiniert die Koordinatorin der indigenen Organisationen im Amazonasgebiet (Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica, COICA) seit vier Jahrzehnten die Organisationen, die die Menschenrechte der einheimischen Völker in neun Ländern der Amazonasregion verteidigen. Diese Gemeinschaften unterhalten in der Regel eine enge Beziehung zur natürlichen Umwelt und zu ihren Vorfahren, von denen ihr Lebensunterhalt und ihre kulturelle Identität abhängen. Sie verfügen über das Wissen und die Erfahrung, sich oft drastischen Veränderungen in der natürlichen Umwelt ihrer Gebiete anzupassen, und spielen eine entscheidende Rolle bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt, der Wälder und der Naturressourcen. Trotz intersektionaler Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Identität und der mangelnden Achtung ihrer Rechte, auch innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaften, haben indigene Frauen und Mädchen in dieser Hinsicht eine Schlüsselrolle gespielt.

Weltweit machen indigene Völker nur 5% der Bevölkerung aus – 6,7% in den Amerikas –, doch schützen und pflegen sie 22% der Erdoberfläche und 80% der verbleibenden biologischen Vielfalt.

Es gibt auch andere Gruppen in den Amerikas, deren Lebensstile, Lebensmittel und soziales Engagement eng mit dem Land und dem Territorium und dem Schutz der natürlichen Ressourcen verbunden sind, die den Klimawandel mildern, und die auch einen ähnlichen Kontext von Kolonialismus, Rassismus und Ungleichheit erlitten haben. Dazu gehören Afro-Abstammungsgemeinschaften wie die Garifuna in Zentralamerikanischen Ländern oder die Quilombolas in Brasilien, die Campesino, Riverine, die Fischerei und andere Gemeinschaften, deren Lebensunterhalt auf der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen oder agroökologischen Praktiken beruht. Auch sie haben eine lange Geschichte von Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch, aber auch von Kampf und Widerstand. Es wird geschätzt, dass sich etwa 200 Millionen Menschen in den Amerikas als Afro-Abstammung bezeichnen, aber sowohl die Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche gegen diese Gemeinschaften als auch ihre Beiträge zur Region bleiben weitgehend ignoriert.

Zu dieser vielfältigen Gruppe von Verteidiger gehören auch andere Umweltschützer oder Klimaaktivisten, die sich einzeln oder gemeinsam für Klimagerechtigkeit mobilisiert haben, entweder als Teil ihrer Arbeit oder als persönliches Engagement. In den Amerikas hat die Fridays for Future-Bewegung regionale und lokale Kapitel entwickelt, die vor allem junge Menschen mobilisiert haben. Dies ist der Fall von Jóvenes por el Clima (Jugend für das Klima) in Argentinien, die von den Streiks inspiriert wurde und sich den von Greta Thunberg im Jahr 2018 eingeleiteten Streiks anschloss, um die Regierungen zu zwingen, Maßnahmen gegen den Klimawandel und den Übergang zu fossilen Brennstoffen freier Energie zu ergreifen und Millionen von Menschen

weltweit zu mobilisieren. Eine andere Bewegung, die aus dem globalen Süden stammt und von ihm geleitet wird, ist Schulden für das Klima. Diese Bewegung, inspiriert von Initiativen, die in den vergangenen Jahrzehnten durchgeführt wurden, hat einen großen Einfluss in der Region gehabt, indem sie forderte, dass die Schulden der Länder des globalen Südens aufgehoben werden, um eine gerechte Energiewende zu ermöglichen. Viele Kinder- und Jugendaktivisten in der Region haben eine Schlüsselrolle bei der Verurteilung der Klimakrise gespielt, wie Francisco Javier Vera Manzanera und seine Organisation Guardianes por la Vida in Kolumbien.

Jugendliche sind eine wichtige Gruppe, die sich organisiert haben, um rechtliche Schritte für Verstöße gegen das Recht auf eine gesunde Umwelt und andere Rechte zu ergreifen, mit dem Ziel, von Regierungen und Unternehmen die Erfüllung ihrer Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu verlangen. Sechzehn Aktivisten im Alter zwischen 5 und 22 Jahren gewannen ein Meilenstein-Urteil, als sie behaupteten, dass die pro-fossile Brennstoff-Politik der Regierung von Montana, Vereinigte Staaten, zum Klimawandel beitragen. In Quebec wurden im Namen aller jungen Menschen unter 35 Jahren in der Region Klage gegen die kanadische Regierung eingeleitet, weil sie ihr Recht auf Leben, Sicherheit und Gleichberechtigung sowie das Recht auf ein gesundes Leben verletzt haben, obwohl sie leider entlassen wurden. Der Einsatz so genannter „Klimaschläge“ nimmt zu, und obwohl die meisten Fälle in den Vereinigten Staaten eingereicht werden, werden sie in anderen Ländern der Region immer häufiger. In Brasilien haben zum Beispiel sechs Aktivisten der Organisationen Fridays for Future und Engajamundo eine Klassenklage gegen die brasilianische Regierung eingereicht, weil sie die im Jahr 2020 eingereichten national festgelegten Beiträge (NDCs) geändert hat und behauptet, dass sie eine „Carbon-Manöver“ eingesetzt haben, um die in 2015 vereinbarten Treibhausgas-Reduktionsziele zu senken.

Zu dieser Gruppe von Verteidiger gehören auch Personen, die Teil von Organisationen, Netzwerken oder Plattformen sind, wie La Ruta del Clima in Costa Rica, die die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Klima- und Umweltentscheidung in Lateinamerika fördert, das mexikanische Zentrum für Umweltrecht (CEMDA) oder die Umwelt- und Naturressourcen-Stiftung (FARN) in Argentinien. Sie umfasst auch Medien und Journalisten, die über Verstöße und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Umwelt- und Klimaschutzfragen berichten, sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch darüber hinaus; Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Studenten und andere, die ihr Wissen und ihre Fähigkeiten nutzen, um zu protestieren und zu fordern, dass dringende Maßnahmen ergriffen werden, um gerechte Lösungen für die Klimakrise zu finden.

Im Laufe der Jahre haben gemeinsame Kampagnen mehrerer Gruppen historische Meilensteine im Kampf für Klimagerechtigkeit erreicht. Dazu zählen die Verabschiedung einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2022, in der das Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt anerkannt wird, das bereits im Jahr 2021 vom Menschenrechtsrat der UNO anerkannt wurde, und das Inkrafttreten des Regionalabkommens über den Zugang zu Informationen, die Beteiligung der Öffentlichkeit und den Zugriff auf die Justiz in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik (Escazú-Abkommen), ebenfalls im Jahre 2021.

Nicht alle dieser Personen und Gruppen betrachten sich als Menschenrechtsverteidiger, aber ihre Handlungen tragen im Kontext der Klimakrise zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte bei, einschließlich des Rechts auf eine gesunde Umwelt, und sie sind daher durch dieselben internationalen Normen und Schutzmechanismen geschützt.

4.2 Die Bedeutung des Rechts auf Verteidigung der Menschenrechte

Seit der Verabschiedung der Erklärung über Menschenrechtsverteidiger vor 25 Jahren durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen haben Staaten und die internationale Gemeinschaft zunehmend die Rolle der Menschenrechtsaktivisten, Gruppen und Organisationen beim Aufbau gerechterer Gesellschaften anerkannt, was zur Schaffung von Mechanismen zum Schutz ihrer Rechte geführt hat. Umweltschützer haben in den letzten Jahren schrittweise Anerkennung für ihre spezifische Arbeit gewonnen, insbesondere in den Amerikas, wo diese Personen, Gruppen und

Organisationen sehr hohe Risiken ausgesetzt sind. Das Escazú-Abkommen spricht nämlich ausdrücklich von einer solchen Anerkennung im Hinblick auf den Umweltschutz, und ist der erste Vertrag, der spezifische Bestimmungen enthält, wonach die Vertragsstaaten verpflichtet sind, eine sichere und förderliche Umgebung für Umweltverteidiger, -gruppen und -organisationen zu gewährleisten.

Die Anerkennung des Beitrags der Menschenrechtsverteidiger hat sich allmählich auf die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Klimaschutzmaßnahmen ausgedehnt. Im Jahr 2019 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat eine Resolution zur Anerkennung ihrer Arbeit, in der sie ihre wichtige Rolle bei der Unterstützung der Staaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach dem Übereinkommen von Paris und der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bekräftigten. Im Jahr 2023 verabschiedete die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (IACHR) eine Resolution über den Umfang der interamerikanischen Menschenrechtspflichten im Kontext der Klimakrise, in der „die grundlegende Rolle von Individuen, Völkern, Gemeinschaften, Bewegungen und Gruppen hervorgehoben wurde, die die Umweltrechte verteidigen, um ehrgeizige Klimapolitiken und -ziele aufzubauen und um strategische Ökosysteme im Kampf gegen den Klimawandel wie die Ozeane zu schützen“. Die IACHR-Resolution legt auch besonderen Wert auf die Führung von Kindern, Jugendlichen und Jugendlichen, und fordert die Staaten nachdrücklich auf, Mechanismen einzurichten, um sicherzustellen, dass sie ihren Aktivismus ausüben können, einschließlich der Teilnahme an der Entscheidungsfindung. Er erkennt außerdem die entscheidende Rolle von Frauen-Umweltschützern und ihren Bewegungen "in Entscheidungsfindungsprozessen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Klimawandels" an und stellt fest, dass die Staaten sie anerkennen, schützen und ihre sinnvolle Beteiligung sicherstellen müssen.

Die internationalen Instrumente zum Klimawandel und zum Schutz der biologischen Vielfalt, wie das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (KBD) und das Pariser Abkommen sowie die damit zusammenhängenden Pakte, erkennen das Wissen und die Praktiken der lokalen Gemeinschaften und der indigenen Völker bei der Erhaltung der Biodiversität zur Bewältigung und Anpassung an den Klimaschutz sowie die Führungsrolle von Frauen, Kindern und Jugendlichen bei der Klimapolitik an und fördern sie. Diese Instrumente geben Menschenrechtsverteidiger und die Zivilgesellschaft im Allgemeinen jedoch wenig oder gar keine Anerkennung, wobei einige Organisationen ihre Abwesenheit von Klimaänderungsverhandlungen wie dem UNFCCC hervorheben und dringend auffordern, sie in solchen Bereichen anzuerkennen und zu schützen. Die Bemühungen von Kindern, Jugendlichen und Frauen, auf Umweltkrisen aufmerksam zu machen, wurden auch von Experten und UN-Gremien anerkannt. Der Ausschuss für die Rechte des Kindes hat z.B. autoritative Leitlinien herausgegeben, in denen es heißt, dass "ihr Status anerkannt und ihre Forderungen nach dringenden und entschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der globalen Umweltschäden verwirklicht werden sollten".

Wie wir im Folgenden sehen werden, sind die Rolle der Menschenrechtsverteidiger im Zusammenhang mit der Klimakrise auf nationaler und internationaler Ebene zunehmend anerkannt worden, und es wurden Vorschriften und Mechanismen eingeführt, um ihr Recht auf Verteidigung ihrer Menschenrechte zu gewährleisten, doch stehen Menschenrechtsaktivisten, Gruppen und Organisationen, insbesondere in Bezug auf die Umwelt, bei der Ausübung dieser Rechte weiterhin vor zahlreichen Herausforderungen.

4.3 Die Situation der Risiken und Hindernisse bei der Verteidigung der Menschenrechte
Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen stehen einem oft feindseligen und gefährlichen Umfeld gegenüber, insbesondere wenn ihre Forderungen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Interessen entgegenstehen. In den Amerikas stehen Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die die Umwelt und die Klimagerechtigkeit verteidigen, spezifischen Risiken gegenüber, die durch die oben genannten historischen Probleme des Rassismus und der strukturellen Ungleichheit geprägt sind. Seit Jahren gilt es als die gefährlichste Region, in der Land, Territorium und Umwelt verteidigt werden können.

Zusätzlich zu den Morden, Amnesty International hat Berichte über andere Angriffe von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen im Zusammenhang mit der Klimakrise, einschließlich derjenigen, die die Umwelt in den Amerikas verteidigen, dokumentiert oder erhalten: erzwungene Verschwinden, übermäßiger Einsatz von Gewalt, Kriminalisierung, willkürliche Inhaftierung, Missbrauch von Gesetzen zur Unterdrückung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, Vereinigung und friedliche Versammlungsfreiheit; Vertreibungen, Schmähkampagnen und Delegitimierung, Belästigung, Überwachung und Beobachtung sowie die Verweigerung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte. Dies wird durch einen Kontext von Marginalisierung und Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Herkunft, Sozialklasse und Geschlecht verschärft, was zu einer weiteren Ausgrenzung und Stigmatisierung bestimmter Personen, Gruppen und Organisationen.

4.3.1 Tötungen und körperliche Angriffe

Nach Angaben der internationalen Organisation Front Line Defenders waren fast die Hälfte der Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger in den Amerikas im Jahr 2022 auf diejenigen gerichtet, die Land, Territorium und Umwelt verteidigen. Laut Global Witness waren Kolumbien und Brasilien in den letzten zehn Jahren die tödlichsten Länder für Menschenrechtsverteidiger, gefolgt von den Philippinen, Mexiko, Honduras und Guatemala.

Nicaragua und Peru belegten den neunten und zehnten Platz der Welt. Allein im Jahr 2022 wurden weltweit mindestens 177 Umweltschützer getötet, wobei fast 90% dieser Angriffe in Lateinamerika stattfinden, hauptsächlich in Kolumbien, gefolgt von Brasilien und Mexiko. Honduras hat die höchste Zahl von Todesfällen pro Kopf. Mehr als ein Fünftel der Tötungen ereignete sich im Amazonasgebiet.

Trotzdem haben die meisten Länder in der Region, darunter einige der gefährlichsten Länder der Welt für den Schutz der Umwelt, das Escazú-Abkommen noch nicht unterzeichnet.

Mord und körperliche Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen verletzen das Recht auf Leben und physische Unversehrtheit sowie das Recht, die Menschenrechte zu verteidigen. Wenn die Verantwortlichen nicht vor Gericht gebracht werden, wird die Gesellschaft nie die Wahrheit erfahren. Menschenrechtsexperten und Menschenrechtsorganisationen haben die weit verbreitete Straflosigkeit für solche Angriffe dokumentiert, was den Tätern eine Botschaft sendet, dass diese Anschläge toleriert werden und keine Konsequenzen haben werden. Die Tötung von Menschenrechtsverteidigern könnte verhindert werden, wenn die Staaten ihre Menschenrechtspflichten ernst nehmen und rasch handeln, sobald sie von Bedrohungen und anderen Missbräuchen erfahren.

4.3.2 Rassismus und geschlechtsspezifische Diskriminierung

Im Zusammenhang mit der Klimakrise sind die indigenen Völker, die Afro-Abstammung, andere rassistische Menschen und Gruppen sowie die Bauern- und ländlichen Gemeinschaften am stärksten gefährdet, namentlich bei der Verteidigung der Umwelt und anderer Menschenrechte. Laut Global Witness waren mehr als die Hälfte der Menschenrechtsverteidiger, die 2022 in Mexiko getötet wurden, indigene Völker. Im Amazonas waren ein Drittel aller tödlichen Angriffe auch gegen indigene Völker verübt. Diese Situation ist eng mit Fragen der Rasse verbunden, die, wie die UNO-Arbeitsgruppe der Experten für Menschen afrikanischer Abstammung hervorhebt, „Ausbeutung und Ignoranz“ normalisieren und den Weg für „Gewinne [zu erzielen] auf Kosten des Lebens, der Ressourcen und des Landes der Menschen“ ebnen. Die Arbeitsgruppe stellt ferner fest, dass dieser „Umweltrassismus“ eine „ernsthafte und unverhältnismäßige Bedrohung für die Wahrnehmung vielfältiger Menschenrechte darstellt, einschließlich des Rechts auf Leben, auf Gesundheit, auf einen angemessenen Lebensstandard und auf kulturelle Rechte“. Umweltkonflikte und Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger, die indigene Völker, Afro-Abstammung und andere rassistische Personen und Gruppen sind, sowie auf Bauern und ländliche Gemeinschaften, sind mit einem

Machtunverhältnis zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, einschließlich Unternehmen, verbunden. Dieses Ungleichgewicht ist in erster Linie das Ergebnis des systemischen Rassismus, wie die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für zeitgenössische Formen des Racismus, Tendayie Achiume, betont hat. Der Rassismus schließt diesen Personen, Gruppen und Organisationen den Zugang zu Informationen und eine sinnvolle Beteiligung an der Entscheidungsfindung zu Umwelt- und Klimafragen aus, verhindert das Recht auf Konsultation und auf freie, vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Völker und beschränkt den Zugriff auf Justiz und Rechtsbehelfsmechanismen.

Auch weibliche Verteidiger, die an der Spitze der Gemeinschaftskämpfe stehen, sind besonders gefährdet. Neben den üblichen Angriffen, denen ihre männlichen Kollegen ausgesetzt sind, erleben Frauenverteidiger spezifische Verletzungen und Misshandlungen aufgrund ihres Geschlechts, wie sexuelle Gewalt und Drohungen gegen ihre Familienmitglieder, insbesondere ihre Kinder, Schmutzkampagnen und andere diskriminierende Aktionen, weil ihre Bemühungen nicht nur mächtigen wirtschaftlichen Interessen entgegenwirken, sondern auch gegen die Erwartungen einer geschlechtsspezifischen Rolle gehen können. Frauen sind oft von Landbesitz, Verhandlungen und Entscheidungsfindung ausgeschlossen und werden häufig dafür kritisiert, dass sie ihre Hausaufgaben vernachlässigen und ihre Familien gefährden. Wenn weibliche Verteidiger junge, indigene, afro-abstammende oder rassistische Frauen sind, oder zu Bauern- oder ländlichen Gemeinschaften gehören, werden ihre Herausforderungen vermehrt. Es ist schwierig, eine umfassende Analyse zu finden, die die regionale Situation der Aggressionen gegen diese Kinder, Jugendliche und Frauenverteidiger dokumentiert, und daher sind ihre Risiken und Bedürfnisse immer noch unsichtbar. Auf mesoamerikanischer Ebene stellte IM-Defensoras in seinem Jahresbericht 2022 fest, dass Frauen, die Land und Territorium verteidigen, die höchste Anzahl an Angriffen erlebt haben, mit mindestens 21 Toten zwischen 2016 und 2021.

Neben der Gewährleistung des Rechts auf Verteidigung der Menschenrechte haben die Staaten spezielle Verpflichtungen gegenüber Kindern, Jugendlichen und Frauen nach internationalen Verträgen wie dem Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen (CEDAW), dem Konvent über die Rechte des Kindes oder dem Zwischenamerikanischen Abkommen über die Verhütung, Bestrafung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

4.3.3 CRIMINALISATION, SPEAR-Kampagnen und Überwachung

Viele der Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen im Zusammenhang mit der Klimakrise und insbesondere in Bezug auf die Umwelt sind mit Unternehmensaktivitäten, namentlich im Energiesektor, verbunden. Unternehmen sind verpflichtet, die Menschenrechte im Einklang mit dem Rahmen für den Schutz, die Achtung und die Rechtsmittelung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrecht zu achten, und sollten die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger nicht behindern. Menschenrechtsorganisationen und -agenturen haben dokumentiert, wie Regierungen und Wirtschaftsakteure strafrechtliche, zivile und administrative Rechtsvorschriften missbrauchen, um Verteidiger rechtlich anzugreifen, zu einschüchtern und zu kriminalisieren, um die Legitimität ihrer Ursachen zu untergraben und ihre Arbeit für die Menschenrechte, die Umwelt und die Klimagerechtigkeit abzuschrecken, einzuschränken oder sogar zu verhindern. Staatliche und nichtstaatliche Akteure nutzen oft unbegründete Anschuldigungen und andere Menschenrechtsverletzungen, einschließlich des Rechts auf ein angemessenes Verfahren, was zu Stigmatisierung und willkürlicher Inhaftierung führen kann, Ressourcen entleeren und ihre Fähigkeit einschränken, ihre Tätigkeit fortzusetzen, unabhängig davon, ob sie verurteilt wurden oder nicht. Eine gemeinsame Taktik ist die Verwendung von strategischen Gerichtsverfahren gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit (SLAPPs). Es handelt sich hierbei um rechtliche Schritte, bei denen häufig große finanzielle Entschädigungen für angebliche Schäden beantragt werden, die mit der Absicht eingereicht werden, Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen, Aktivisten oder Forscher, die unternehmerische Missbräuche

aufdecken oder unternehmensrechtliche Handlungen kritisieren, zu behindern oder zum Schweigen zu bringen. Laut dem Business and Human Rights Resource Centre zählt Lateinamerika zu den Regionen der Welt, die am stärksten vom Einsatz von SLAPPs betroffen sind. Von Januar 2015 bis Dezember 2022 verzeichnete die Organisation 164 solcher Fälle in der Region.

Darüber hinaus sind Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen mit Verleumdung und Überwachungskampagnen konfrontiert (sowohl online als auch offline), die darauf abzielen, ihre Arbeit zum Schweigen zu bringen oder zu stoppen, sei es durch Unterminierung ihrer Tätigkeit.

ihre Legitimität oder durch die Schaffung von Angst und Konflikt.

4.3.4 Unterdrückung von Protesten und Evakuierungen

Die Behörden unterdrücken auch Menschenrechtsverteidiger und -gruppen im Zusammenhang mit der Klimakrise, wenn sie Proteste organisieren, um ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlungsfreiheit auszuüben. Proteste sind ein entscheidendes Mittel, um Menschenrechte zu fordern, vor allem, wenn diese seit langem von den Behörden ignoriert wurden. Repressalien für die Teilnahme an Protesten können Überwachung, Stigmatisierung und willkürliche Verhaftungen, insbesondere derjenigen, die solche Aktivitäten führen, umfassen. Manchmal greifen die Behörden auch zu einem übermäßigen Einsatz von Gewalt oder zur Unterdrückung des Rechts auf friedliche Versammlungen, um Proteste zur Verteidigung des Territoriums oder der Umwelt zu beenden. Einige Staaten haben sogar Gesetze verabschiedet, die Proteste um „kritische Infrastrukturen“ kriminalisieren, einschließlich Öl- und Gasleitungen und maritimen Ölschiffahrtsrouten. In ländlichen Gebieten gibt es Probleme bei Versuchen zur Vertreibung, die auf die fehlende offizielle Anerkennung des Grundbesitzes durch ländliche Gemeinschaften und auf die mangelnde Abgrenzung der Vorfahrengelände der indigenen Völker zurückzuführen sind.

4.3.5 HEMMELN FÜR DIE ZUSAMMENHALTUNG, DIE ZULASSUNG UND DIE FINANZIERUNG

Amnesty International hat auch die Entwicklung und Umsetzung von Rechtsinstrumenten dokumentiert, die die Aktivitäten, Ressourcen und Autonomie von Organisationen der Zivilgesellschaft einschränken, sie von nationalen und internationalen Finanzierungsquellen ausschließen und übermäßige Anforderungen an die Registrierung und den Betrieb auferlegen. Dies ermöglicht es den Behörden, bestimmte Tätigkeiten diskriminierend und ohne berechtigte Gründe zu kontrollieren, zu verbieten und zu kriminalisieren und diejenigen anzusprechen, die sich der Regierungspolitik widersetzen oder die am stärksten gefährdeten Gruppen verteidigen. Wie der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Freiheit der friedlichen Versammlung und Vereinigung, Clément Nyaletsossi Voule, darauf hingewiesen hat, ist der Zugang zu Finanzmitteln für Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen zur Durchführung von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Klimakrise ein wichtiges Element des Rechts auf Vereinigungsfreiheit. Es ist auch unerlässlich, ihre Teilnahme an nationalen und internationalen Verhandlungen über Umwelt- und Klimaschutzfragen zu ermöglichen und zu erleichtern. Menschenrechtsorganisationen haben die Hindernisse für die wirksame Beteiligung von Menschenrechtsaktivisten, Gruppen und Organisationen an den Konferenzen der Vertragsparteien des Escazú-Abkommens und insbesondere an jenen des UNFCCC hervorgehoben; zu diesen Hindernissen gehören die Überwachung der Teilnehmer, Schwierigkeiten oder Einschränkungen bei der Registrierung, das Fehlen von Beförderungs- und Konsultationsprozessen für diese Veranstaltungen sowie die begrenzte Teilnahme bestimmter Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen, die traditionell ausgeschlossen wurden.

Internationale Experten fordern nach wie vor eine sinnvolle Beteiligung von Menschenrechtsaktivisten, Gruppen und Organisationen – und insbesondere von Jugendlichen und indigenen Völkern – an wichtigen Umwelt- und Klimaveränderungsveranstaltungen wie der

Konferenz der Vertragsparteien des UNFCCC, da sie „oft von der Beobachtung bestimmter Verhandlungen ausgeschlossen sind und praktisch keinen Beitrag zur Verhandlung der Ergebnisse leisten, außer kurzen Eingriffen in die Eröffnung der Plenarsitzungen dieser Konferenzen“. Darüber hinaus finden diese Konferenzen in der Regel in teuren Städten statt, in denen die Ausübung der Menschenrechte, einschließlich der Meinungsfreiheit, stark eingeschränkt ist, was zu einer strukturellen Ausgrenzung vieler Menschenrechtsverteidiger, insbesondere derjenigen mit geringeren Ressourcen, führt. Darüber hinaus gibt es eine unverhältnismäßige Beteiligung von Wirtschaftseliten und Interessengruppen aus der fossilen Brennstoffindustrie, die letztendlich die getroffenen Entscheidungen beeinflussen. Die Gewährleistung des Beteiligungsrechts ist für Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen von entscheidender Bedeutung, um ihre Arbeit durchzuführen.

Um eine sinnvolle Teilhabe zu gewährleisten und die Menschenrechte allgemein zu wahren, bedarf es der Achtung anderer Rechte, wie z.B. des Zugangs zur Information und zum Recht sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit an Fragen des Klimas und der Umwelt. Diese Rechte sind international anerkannt, namentlich im Escazú-Abkommen. In den Amerikas bestehen jedoch weiterhin Lücken in ihrem Nutzen, namentlich hinsichtlich der Transparenz der Umweltverträglichkeitsprüfungen von Projekten und der von den Behörden ergriffenen Maßnahmen zur Minderung solcher Auswirkungen.

Im spezifischen Fall der indigenen Völker schützen die internationalen Menschenrechtsnormen auch ihre kollektiven Rechte, wie ihre Autonomie und ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung, sowie ihr Recht auf Eigentum, Zugang, Nutzung und Kontrolle von Land, Gebiet und natürlichen Ressourcen. Amnesty International hat umfangreiche Fälle dokumentiert, in denen Verteidiger für die Rechte indigener Völker im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Umwelt tätig sind, oft in Verbindung mit der Nichteinhaltung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung für Projekte, die die Menschenrechte in ihren Gebieten untergraben. Die Verwirklichung der Rechte auf sinnvolle Beteiligung und Konsultation sowie auf freie, vorherige und informierte Zustimmung erfordert auch, dass Journalisten und Kommunikatoren in der Lage sind, sicher zu arbeiten und ihr Recht auf Pressefreiheit auszuüben.

Um dem Kontext zu begegnen, mit dem Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen, insbesondere diejenigen, die die Umwelt verteidigen, konfrontiert sind, hat Amnesty International die Notwendigkeit hervorgehoben, dass die Staaten sicherstellen müssen, dass sie aufgrund der Art ihrer Arbeit nicht nur individuellen, sondern auch kollektiven Schutz erhalten. Dieser Schutz muss die strukturellen Ursachen der Gewalt, die Verteidiger erleiden, berücksichtigen, einschließlich der strukturellen Armut und des ungleichen Zugangs zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten sowie der Stigmatisierung und der schlechten Anerkennung von Menschenrechtsaktivitäten. Darüber hinaus muss dieser Schutz darauf abzielen, die Wechselwirkungen zwischen den Verteidigerinnen und Verteidigern selbst und zwischen ihnen und ihren Gemeinschaften zu stärken und sich auf die Bereiche und Gebiete auszuweiten, in denen sie ihre Arbeit verrichten.

Trotz all dieser Risiken, Angriffe und Hindernisse weigern sich viele Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen, die im Kontext der Klimakrise und insbesondere im Schutz der Umwelt tätig sind, aufzugeben und weiterhin an der Frontlinie zu arbeiten, wie die folgenden sechs Fallstudien zeigen.

5. AKTIONEN FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER KLIMATISCHEN GERECHTIGKEIT UND DER Umwelt

5.1 Phasenmäßige Beseitigung fossiler Brennstoffe

Die dringendste und wirksamste Maßnahme zur Bewältigung der Klimakrise besteht darin, fossile Brennstoffe (Kohlen, Öl und Gas) als Energiequelle und für viele petrochemische Zwecke

schrittweise auszuschließen. Dies würde die Treibhausgasemissionen verringern, die den Klimawandel beschleunigen. Aus diesem Grund haben Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen in den Amerikas, einschließlich der Gemeinden, die in den Gebieten leben, in denen diese Ressourcen gewonnen werden, gegen starke wirtschaftliche Interessen mobilisiert, um zu fordern, dass die Staaten auf die Abhängigkeit von Energiequellen auf der Grundlage der Verbrennung fossiler Brennstoffe verzichten und die Verwirklichung der Menschenrechte, wie das Recht auf eine gesunde Umwelt und das Recht der indigenen Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung, sicherstellen.

In Ecuador kamen die Frauenkollektive Amazonas, bestehend aus Frauen aus sechs indigenen Nationen – Achuar, Kichwa, Sapara, Shuar, Shiwiar und Waorani – zusammen, um die Natur, Bildung, Gesundheit und die Erhaltung ihrer Kultur gegen die Ölindustrie zu verteidigen. Im Jahr 2012 hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte in einer historischen Errungenschaft (obwohl noch nicht umgesetzt) zugunsten der Kichwa der indigenen Völker von Sarayaku und gegen den ecuadorianischen Staat entschieden, weil ein Unternehmen in den 1990er Jahren ohne ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung die Durchführung von Ölforschungs- und Erdölerforschungstätigkeiten auf ihrem Territorium erlaubt hatte. Vor kurzem, am 20. August 2023, hielt der National Electoral Council (CNE) während der ersten Runde der allgemeinen Wahlen des Landes ein Referendum ab, in dem die Ecuadorianer für ein Ende der Ölgewinnung im Yasuní-Nationalpark gestimmt hatten, eine Forderung, die seit einem Jahrzehnt von einer Gruppe von Aktivisten, die als Yasunidxs-Bewegung bekannt sind, verteidigt wurde.

Auch Fachleute und Betroffene stehen an der Spitze der Verteidigung von Klimagerechtigkeit und Umwelt. Das ist der Fall von Troy Thomas, einem Wissenschaftler und Universitätsprofessor, und Quadad de Freitas, einem indigenen Jugendlichen aus South Rupununi, der mit der erfahrenen Rechtsanwältin Melinda Janki im Jahr 2021 vor dem Verfassungsgericht Guyanas eine Klage eingereicht hat, wonach die von dem karibischen Land ExxonMobil gewährte Genehmigung für die Ausbeutung von Offshore-Öl und Gas die Verpflichtung der Regierung verletzte, die Rechte an einer gesunden Umwelt, einer nachhaltigen Entwicklung und den Rechten zukünftiger Generationen zu schützen. Laut einem Artikel im US-amerikanischen Online-Medienportal Wired behauptet „Exxon, dass es in allen Phasen der Erforschung, Bewertung, Entwicklung und Produktion alle geltenden Gesetze eingehalten hat“ als Antwort auf Fragen zum Anzug. Im Jahr 2020 hatten Melinda Janki und Troy Thomas bereits eine Klage gegen eine Tochtergesellschaft desselben Unternehmens und die Guyana Environmental Protection Agency gewonnen und eine Vereinbarung erzielt, um die Länge der Umweltgenehmigungen des Unternehmens für die Ölproduktion zu begrenzen.

5.1.1 Junge ecuadorianische Mädchen verpflichten sich, die Gasflut zu beenden

Im Jahr 2020 hat eine Gruppe von neun ecuadorianischen Kindern und Jugendlichen eine habeas corpus Petition gegen die jährliche staatliche Genehmigung eingereicht, die den Betrieb von Gasflammen erlaubt – die Verbrennung von Gasen im Zusammenhang mit der Ölgewinnung – in den amazonischen Provinzen Sucumbíos und Orellana in Ecuador. Die Petition wurde gemeinsam mit der strategischen Gerichtsverfahren Organisation Union of People Affected by Texaco Operations eingereicht (UDAPT).

Laut einem Bericht der Universität Padua (Italien) und der UDAPT gab es im Januar 2020 mehr als 447 aktive Blitze in dem ecuadorianischen Amazonas die 24 Stunden am Tag operieren, einige von ihnen in Gebieten mit geschützten Ökosystemen und in der Nähe bevölkerter Gebiete. Eines der neun Kinder und Jugendlichen, die die Klage eingereicht haben, hat ihr ganzes Leben lang unter den Auswirkungen einer der Gasflammen gelitten, die sich in der Nähe ihres Hauses befinden. Dies führte sie vor vier Jahren zur Mobilisierung. „Ich konnte die Auswirkungen der Gasblitze spüren. Der schlechte Geruch, ein sehr starker Geruch in den man atmen muss, der manchmal Kopfschmerzen verursacht.“

Die Gasverbrennung ist eine der am meisten verschmutzenden Tätigkeiten im Ölgewinnungsprozess, trotz der Verfügbarkeit alternativer Technologien zur Verwendung von Abgasen. Gemeinden in Sucumbíos und Orellana, in denen die neun Kinder und Jugendlichen leben, haben behauptet, dass die Gasflammen hohe Konzentrationen giftiger Gase und Partikel erzeugen, die schwere Auswirkungen auf die biologische Vielfalt haben und zum Klimawandel beitragen. Dies wirkt sich auf die Wahrnehmung und Ausübung grundlegender Rechte wie das Recht auf Leben, auf Gesundheit und auf ein gesundes Umfeld der Gemeinschaften aus, die in dem ecuadorianischen Amazonas leben und von den Ressourcen des Amazonas abhängen. UDAPT hat außerdem geltend gemacht, dass in diesem Fall auch die Rechte des Kindes, insbesondere jene, die sich auf sein Wohlbefinden und seine körperliche und geistige Gesundheit sowie das Recht auf eine gesunde Umwelt beziehen, untergraben werden.

Als Beweis für die Auswirkungen auf die Gesundheit der örtlichen Bevölkerung haben die gesetzlichen Vertreter des Kindes und der Teenagermädchen dem Gericht eine Analyse 2016 vorgelegt, in der die Variablen gemessen werden, die verschiedene Krebsarten durch die Exposition gegenüber Ölverschmutzung verursachen, einschließlich durch Gasflammen, in Gemeinden im ecuadorianischen Amazonas. Die neun Kläger, zusammen mit UDAPT, haben diese rechtliche Aktion durch eine starke öffentliche Kampagne ergänzt, die den Slogan "Eliminen los mecheros y enciendan la vida" (Eliminieren Sie die Gasflammen und erwecken Sie Leben) verwendet hat, und mit Marschierungen und Aktionen, die die Aufmerksamkeit der Medien und anderer nationaler und internationaler Organisationen auf sich gezogen haben. Sie haben auch mit den Menschen in ihren Gemeinden gesprochen, um das Bewusstsein für die Auswirkungen des Lebens in der Nähe der Gasflammen zu erhöhen.

Die Kinder und Jugendlichen haben Schwierigkeiten, miteinander und mit ihren Anwälten zu kommunizieren, da sie in abgelegenen Gebieten leben, in denen häufig Strom und Internet ausfallen. Aber das hat sie nicht aufgehalten. Eine der Klägerinnen erklärte, dass sie sich von ihren Familienmitgliedern unterstützt fühlte: „Sie ermutigen mich, weiterzumachen, den Kampf fortzusetzen, denn am Ende des Tages tun wir uns selbst Schaden.“

Sie waren nicht immer in der Lage, an den Ereignissen im Zusammenhang mit der Klage und der Kampagne teilzunehmen, da sie diesen Prozess mit ihren täglichen Aktivitäten wie der Teilnahme an der Schule und dem Studium sowie der Betreuung von Verwandten in Einklang bringen mussten.

Am 7. Mai 2020 entschied ein Gericht den Fall und forderte die Mädchen und jungen Frauen zusammen mit der UDAPT auf, das Urteil anzufechten. Am 29. Juli 2021 stellte das Gericht Sucumbíos fest, dass der ecuadorianische Staat das Recht der Mädchen auf ein gesundes und ökologisch stabiles Leben vernachlässigt, ihr Recht auf Gesundheit ignoriert und seine internationalen Verpflichtungen zur Eindämmung des Klimawandels verletzt hat. Das Gericht ordnete außerdem die vollständige Entschädigung für die Schäden, die schrittweise und fortschreitende Beseitigung der Gasblitze, die Durchführung von Studien über ihre Auswirkungen auf die Gesundheit und die Einrichtung eines onkologischen Krankenhauszentrums an.

Ecuador nimmt weiterhin Öl in der Amazonas-Region durch das staatliche Petroecuador ab und praktiziert weiterhin Gasflammen, obwohl es behauptet, sich dem Urteil zu unterwerfen. Das ecuadorianische Ministerium für Energie und Minen berichtete im Februar 2022 von 457 in Betrieb befindlichen Blitzen, die insgesamt 59,11 Millionen Kubikfuß Gas pro Tag verbrannten. Im Jahr 2023 berichtete Petroecuador, dass es in Übereinstimmung mit Stufe 1 des Urteils 112 Blitze in der Nähe der bevölkerten Gebiete von Orellana und Sucumbíos abgeschaltet habe und dass es einen Zeitplan für die Beseitigung von Blitzen in Stufe 2 bis 2030 veröffentlichen werde, wie im Urteil gefordert.

Die Klägerin Kinder und Teenager Mädchen und ihre gesetzlichen Vertreter bestehen darauf, dass dies nicht der Fall ist, dass es immer noch Gasblitze in der Nähe von bevölkerten Gebieten, die die Regierung sollte bis März 2023 entfernt haben, und haben Videos auf ihren sozialen Medien-Kanälen, um dies zu beweisen. Sie behaupten außerdem, dass die Ausbrüche nicht nach Maßgabe des Urteils beseitigt worden seien, sondern lediglich ausgelöscht und bestimmte nicht funktionierende Anlagen in einigen Fällen entfernt wurden, und dass Gasen weiterhin in die

Atmosphäre freigesetzt werden. Tatsächlich hat die UDAPT im Oktober 2023 berichtet, dass der für die Vollstreckung des Urteils zuständige Richter in der Flair-Aktion das Umweltministerium bis zu einer solchen Durchsetzung bestraft hat.

„Es ist manchmal entmutigend, weil der Staat nicht durchsetzt, was wir bereits erreicht haben. Ein Gefühl, dass sie unsere Rechte nicht verteidigen wollen. [Aber] Ich habe mich auch wohl gefühlt, Teil des Kampfes zu sein...

Denn ich weiß, dass wir, wenn wir weiter kämpfen, das erreichen werden, was wir uns zum Ziel gesetzt haben, nämlich die Beseitigung der Gasblitze.“

5.1.2 Die Rechtslose Nation verteidigt ihr Territorium gegen eine Rohrleitung

IN CANADA

Das traditionelle Territorium der Wet'suwet'en-Nation ist in fünf Clans unterteilt – Gilseyhu, Laksilyu, Gitdumden, Luksamshu und Tsayu – und 13 Gruppen von matrilinealen Hausgruppen. Kollektive Entscheidungen werden durch das Feste-System getroffen, das für die Regierung, das Recht, die soziale Struktur und die Weltanschauung von Wet'suwet'en zentral bleibt. Die Wet'suwet'en haben ihr kollektives Eigentum niemals an ihre Gebiete verkauft, übergeben oder auf irgendeine Weise aufgegeben. Sie haben weiterhin ihr uneingeschränktes, unauslöschliches und unveräußerliches Recht zur Herrschaft und Besetzung ihres Landes ausgeübt. Der Erbschef Gisday'wa erklärte, dass „unser Territorium, unser Fluss und unsere Berge uns heilig sind“. Andere Mitglieder der Nation erklärten, dass „[unser Territorium] ein Teil dessen ist, wer wir als indigene Völker sind“ und dass „die Wet'suwet'en das Land nicht besitzen; wir sind einfach Betreuer der nächsten Generation. Wir haben eine Pflicht gegenüber dem Land, den Tieren, dem Wasser, allem, was uns unterhält. Die Erde kann ohne uns überleben, aber wir können nicht ohne die Erde überleben“.

Die Wet'suwet'en-Nation, unter der Leitung ihrer erblichen Chefs, schützt ihre Vorfahren und unerlaubten Gebiete vor dem Bau der Coastal GasLink (CGL) Pipeline. Die von TC Energy (früher TransCanada) gehörende CGL-Pipeline wird Fracking-Gas zu einem vorgeschlagenen LNG-Kanada-Verarbeitungswerk transportieren, das das größte einzelne private Sektor-Infrastrukturprojekt im privaten Sektor und eine der größten Energieinvestitionen in der kanadischen Geschichte ist. Das Pipeline-Projekt wurde von der British Columbia (BC) Oil and Gas Commission (heute BC Energy Regulator) genehmigt und hat die Unterstützung der Regierungen von Kanada und der Provinz British Columbia. Wenn der Bau der 670 km langen Pipeline abgeschlossen ist, wird er das Wet'suwet'en-Gebiet in zwei Teile teilen. Der Bau der Pipeline erfolgt ohne die freie, vorherige und informierte Zustimmung der Erbschefs, was eine Verletzung des Wet'suwet'en-Gesetzes, der kanadischen Verfassungsgesetzgebung, und der internationalen Menschenrechtspflichten Kanadas darstellt.

Die Pipeline-Konstruktion verursacht bereits Umweltschäden und Verschlechterung des Territoriums der Wet'suwet'en Nation, sowie verändert ihre traditionellen kulturellen Praktiken und Lebensweisen. Der Wedzin Kwa River ist eine der verbliebenen sauberen Quellen für Trinkwasser und Lachsgebiete im Territorium, und die Wet'suwet'en erblichen Chefs haben ihre Besorgnis geäußert, dass das Gasleitungsprojekt den Fluss schädigen wird.

Nach Ansicht des Erbschefs Na'Moks „schädigt der Bau der Pipeline unser Territorium. Es betrifft unsere Flüsse, die unsere Trinkwasserquellen und unsere Nahrungsmittelsicherheit sind und ein integraler Bestandteil unserer Kultur sind. CGL hat bereits schwere Maschinen in einen unserer Lachsströme gebracht“. Eine Wet'suwet'en Frau Landverteidiger erklärte, dass, seit der Bau der Pipeline begann „sie haben ziemlich unsere größten Beer-Patches ausgerottet, so dass wir nicht in der Lage, so viel Ernte zu sammeln, wie wir normalerweise für unsere Familien bekommen. Wir tranken das ganze Jahr über sauberes Wasser. Seitdem sie hier waren, haben wir in den letzten zwei Jahren gelbes Wasser für einen Zeitraum bekommen und können es nicht trinken“. „Wir müssen

sicherstellen, dass wir das Land schützen. So wird es nicht überbewertet und es wird nicht beschädigt. Denn wenn auch nur ein Auslaufen im Fluss mit Benzin passiert, können wir diese Wasserquelle nicht nutzen“, behauptete ein anderer Verteidiger.

Angesichts der bevorstehenden Degradierung und Zerstörung ihres Territoriums ergreifen Wet'suwet'en Landverteidiger gemeinsam eine Reihe von Aktionen, um ihr Land vor der Pipeline zu verteidigen und ihre Kultur und Lebensweise zu erhalten. Seit 2009 hat die Nation Kabinen und kulturell bedeutende Strukturen, wie eine Festhalle, auf ihrem Vorfahren Territorium als Akte der Landverteidigung und als Mittel der Bekräftigung Wet'suwet'en Gerichtsbarkeit über ihr Territorial errichtet. Eine Wet'suwet'en Frau Verteidiger teilte, dass “unser Widerstand gegen dieses Projekt ist unsere Existenz hier... Wir können niemandem erlauben, uns von unserem Territorium zu vertreiben und zu löschen, wer wir sind. In unseren täglichen Praktiken haben wir eine spirituelle Verbindung zur Erde. Unser Überleben als Volk hängt von dieser Verbindung ab.“

Die Erbchefs haben ein kostenloses, vorheriges und informiertes Einwilligungsprotokoll entwickelt, das von allen Besuchern des Territoriums verlangt, um ihre Genehmigung zu beantragen, um in das Territorium einreisen zu können. CGL/TC Energy hat diese Erlaubnis noch nie erhalten, noch die Zustimmung, in dem Gebiet zu operieren. Infolgedessen beantragten die Erbchefs des Wet'suwet'en bei den Behörden und dem Unternehmen im Februar 2019 einen Aufenthaltsbefehl bei den Rohrleitungsbauarbeiten und gaben Ankündigungen an die Mitarbeiter von CGL aus, die im Januar 2020 und November 2021 vertrieben werden sollen.

Als Folge ihrer Verteidigung ihres Territoriums gegen den Bau der Pipeline werden Wet'suwet'en-Landverteidiger regelmäßig von der Royal Canadian Mounted Police (RCMP), ihrer Critical Response Unit (früher die Community-Industry Response Group, C-IRG), Mitarbeitern von CGL/TC Energy und der privaten Sicherheit des Pipeline-Unternehmens, Forsythe, belästigt, überwacht, gezwungen und kriminalisiert, die auf Grund einer Anordnung des Obersten Gerichtshofs von British Columbia an CGL /TC Energy tätig sind. (BCSC). Zwischen Januar 2019 und März 2023 führte die RCMP mindestens vier Großangriffe auf die von Wet'suwet'en Landverteidiger eingerichteten Lager durch. Laut Medienberichten arbeitete die Polizei mit militärischen Angriffswaffen, darunter Scharfschützen, Hubschraubern und Hundeeinheiten, zusammen mit Forsythe Security, um die Wet'suwet'en Landverteidiger gewaltsam zu entfernen und zu verhaften. Die Staatsanwaltschaft BC beschloss anschließend, 19 Landverteidiger strafrechtlich vor Gericht zu stellen, die im Falle ihrer Schuld inhaftiert werden könnten. Die Anwendung strafrechtlicher Anklagen für die Teilnahme an friedlichen Protesten ist gemäß den internationalen Menschenrechtsnormen eine unverhältnismäßige Maßnahme.

Der Bau der Pipeline geht weiter, ohne die freie, vorherige und informierte Zustimmung der Wet'suwet'en Nation und ermöglicht durch eine laufende RCMP und private Sicherheit Präsenz, die weiterhin die Überwachung und Einschüchterung und Belästigung dieser Menschenrechtsverteidiger. Dennoch stehen die Wet'suwet'en in ihrem Kampf für den Schutz ihres Vorfahrengebiets, ihrer Kultur und ihres Lebensstils stark. „Der Klimawandel wirkt sich auf das Wachstum unserer Nahrungsmittelpflanzen aus und zerstört unseren Lachs und die Nahrung für Mäuse und Hirsche. Jeder wird beeinflusst werden, wenn wir nur weiterhin schweigen und uns in unseren eigenen Häusern wohlfühlen und mit dem fortfahren, was wir tun. Es wird Ihre Kinder, Ihre Enkelkinder, egal wo Sie leben, beeinflussen. Und es ist an der Zeit, dass die Menschen ihre Kräfte vereinen und unsere Regierung und die Industrie zwingen, uns zu hören“.

5.2 Schutz von Kohlenstoffabfällen und biologische Vielfalt

Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen in den Americas bemühen sich auch, die Zerstörung von Ökosystemen zu verhindern, die das Klima auf natürliche Weise ausgleichen. Wie vom IPCC hervorgehoben, ist die Erhaltung und Wiederherstellung von Kohlenstoffspeichern, wie Turbinen, Feuchtgebiete, Wiesen, Mangroven und Wälder, eine wesentliche Strategie zur Eindämmung des Klimawandels, um die globale Erwärmung auf unter 1,5 °C zu begrenzen. Einer der größten Kohlenstoffspeicher der Welt, der Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen

mobilisiert hat, die die Menschenrechte in den Amerikas und anderen Teilen der Welt verteidigen, insbesondere die indigenen Völker, ist der Amazonas.

Im Vordergrund der Verteidigung dieser kohlenstoffreichen Ökosysteme stehen die Menschen und Gruppen, die darin leben, hauptsächlich indigene Völker und Afro-Abstammungen, aber auch andere, wie z. B. rassistische Gruppen, Bauern und ländliche Gemeinschaften. Sie alle haben eine traditionelle Beziehung zur Natur und zum Wissen, die es ihnen seit Generationen ermöglicht hat, zum Erhalt von Land, Wasser, biologischer Vielfalt und Ökosystemen, einschließlich der Wälder, beizutragen. Sie können dazu beitragen, die Entwaldung durch Landbesitz, Waldbewirtschaftung und -erhaltung zu bekämpfen und die lokale Regierungsführung zu stärken. Das IPCC selbst hat anerkannt, dass die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften und die Einbeziehung in die Entscheidungsfindung sowie die Anerkennung der inhärenten Rechte indigener Völker für den Erfolg der Klimaschutzkampagne unerlässlich sind.

In Kolumbien ist die Association for Comprehensive Sustainable Development of La Perla Amazónica (Asociación de Desarrollo Integral Sostenible de La perla amazónica, ADISPA), angeführt von Verteidiger Jani Silva, eine Bauerngemeinschaftsorganisation, die seit 2008 die Bauernreservationszone "La Perla Amazonónica" (ZRCPA) im Departement Putumayo im Süden Kolumbiens verwaltet und schützt. Der Reichtum der natürlichen Ressourcen in der Region, einschließlich des Erdöls, und seine strategische Lage haben das Gebiet für bewaffnete Gruppen und Ausbeutungsprojekte sehr attraktiv gemacht. Das ZRCPA hat einen alternativen Landnutzungsplan für den Schutz des Gebiets entwickelt, der den Umweltschutz durch Umweltschutzgebiete umfasst und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen unmöglich machen würde.

In Argentinien, das starke Hitzewellen, Dürren und Waldbrände erlebt hat, die große Teile des Landes beeinträchtigen und Land und Lebensmittel gefährden, haben mehr als 380 Organisationen der Zivilgesellschaft einen Gesetzesentwurf zum Schutz von Feuchtgebieten unterstützt. Die Initiative zielt darauf ab, einen National Inventory of Wetlands zu erstellen, der online nach den Bestimmungen des Forstrechts des Landes klassifiziert werden würde. Der Kongress hat das vorgeschlagene Gesetz noch nicht verabschiedet, das seit mehr als 10 Jahren aussteht, aber Organisationen und Aktivisten mobilisieren sich weiterhin, um dies zu erreichen.

5.2.1 Künstliche Fischer aus SANTANDER, die die Marseille schützen

Kolumbien

Die Federation of Artisanal, Environmental and Tourist Fisherfolk of the Department of Santander (Federación de Pescadores Artesanales Ambientalistas y Turísticos del departamento de Santander, FEDEPESAN) ist eine Gruppe von rund 500 Fischerfamilien, die in sieben Vereinigungen der San Silvestre Wetlands Road nach El Llanito und dem Dorf Bocas del Rosario in Puerto Wilches, in der Region der Magdalena Medio, im Departement Santander im Nordosten Kolumbiens, organisiert sind. Die handwerklichen Fischer begannen 2019 zusammenzuarbeiten, um die Umwelt zu verteidigen, obwohl die Grassroots-Organisationen, aus denen die Gruppe besteht, seit fast 20 Jahren in der Gegend tätig sind.

„Unser Verein ist eine Grassroots-Bewegung, um unsere Ökosysteme zu schützen, die von der Unternehmensaktivität hier in der Magdalena Medio bedroht sind. Unser Widerstand im Territorium ist ein Weg, um die Umwelt zu schützen. Niemand kennt das Gebiet besser als wir, wir gehören hierher“, sagte Yuly Velásquez, Präsident von FEDEPESAN und gesetzlicher Vertreter der Vereinigung für die Verwaltung von Wasser, Flora und Fauna (ASOGEAFF), einer der Vereine, die in FEDEPEZAN enthalten sind.

FEDEPESAN arbeitet daran, die Wasserquellen um die Stadt Barrancabermeja zu schützen, insbesondere das San Silvestre-Nassgebiet, das die Stadt (191.000 Einwohner) mit Trinkwasser versorgt. Die Föderation hat öffentlich verurteilt, dass die Feuchtgebiete von den Unternehmen, die

in der Region tätig sind, verschmutzt und Abfälle in sie abgeleitet wurden. Eines dieser Unternehmen ist Ecopetrol, Kolumbiens größtes Ölunternehmen, das die größte Ölraffinerie des Landes in Barrancabermeja betreibt. Ecopetrol hat jede Beteiligung an der Verschmutzung abgelehnt.

Ecopetrol war Gegenstand von Anschuldigungen an Umweltverbrechen und wurde auch als Beteiligter an Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt und der sozialen und politischen Gewalt im Land identifiziert. Im Jahr 2018 gab es in Barrancabermeja ein Ölabbfluss an einem Ölgebiet, das als Lizama 158 bekannt ist. Die Flut hat Pflanzen und Wildtiere schwer beschädigt, was den Tod von Fischen in den Feuchtgebieten verursacht hat, was die Produktion kleiner lokaler Fischereierunternehmen beeinträchtigt hat. Ecopetrol wurde von der National Environmental Licensing Agency (ANLA) für die Nichteinhaltung der erforderlichen Maßnahmen zur Reparatur der bei dem Brunnen festgestellten mechanischen Mängel verantwortlich und genehmigt.

Kolumbiens Feuchtgebiete, zu denen auch Wassermassen gehören, sind von enormer Bedeutung für das Land und decken fast 26% seines Territoriums ab. Diese Wasserquellen und die darin lebenden Arten sind jedoch durch intensive Viehzucht und Landwirtschaft, Entwaldung, Urbanisierung, Bergbau und Infrastrukturentwicklung bedroht.

Laut Yuly Velásquez, dem Präsidenten von FEDEPESAN, "...vorher konnten Sie das Wasser trinken, die Fische waren gesund, Sie konnten Ihre Kleidung in der Mündung waschen. Aber alles hat sich seit der Ankunft von Unternehmen und Unternehmensgruppen verändert. Viele der Fische sind krank, ihre Zahl nimmt jedes Jahr ab, und das Wasser riecht schlecht. Es ist sehr schwierig, aus dem Sumpf zu leben. Und da es nur wenige Möglichkeiten gibt, haben wir keine andere Wahl als das Risiko, krank zu werden." Einer der Tätigkeiten, die FEDEPESAN zum Schutz der Artenvielfalt in den Wiesen durchführt, ist die Überwachung der Situation der gefährdeten Antillenmanatee. Auch handwerkliche Fischer überwachen die Meeresflüsse, um die Verschmutzung des Wassers aufzuzeichnen und zu dokumentieren, nehmen an institutionellen Räumen wie Fischereiausschüssen teil und sprechen öffentlich über die Situation aus.

FEDEPESAN trifft sich auch mit lokalen Behörden und Ecopetrol, um ihre Verpflichtungen zum Umweltschutz zu verfolgen, führt gemeinschaftliche Arbeiten durch, einschließlich der Beseitigung von Festabfällen aus den Wiesen, und gewährleistet Anerkennung und Unterstützung für seine Mitglieder, damit sie ihre Arbeit durchführen können. Wenn keine Vereinbarungen erzielt werden, organisiert FEDEPESAN Streiks und Proteste. Sie haben auch die Methoden der Wiederverpflanzung von Fischen mit Hilfe von Larven kritisiert, weil sie behaupten, dass sie als Nahrung für Arten, die nicht in der Gegend einheimisch sind, enden, wodurch das natürliche Ökosystem der Wiesen verändert wird.

Wegen ihrer Arbeit wurden sowohl Yuly als auch Oswaldo Beltrán – auch Mitglied des FEDEPESAN-Vorstandes – und ihre Familie angegriffen und bedroht. Im Juli 2022 schossen zwei unbekannte Angreifer in Yuly. Sie war unverletzt, aber der Leibwächter, der ihr von der National Protection Unit (UNP) zugewiesen wurde (sie hatte zuvor Drohungen erhalten und war unter Schutz) wurde verletzt. Beide wurden gezwungen, die Marschländer zu verlassen. Auch Mitglieder der Organisation, die ihnen Rechtshilfe gewährt, die Regional Corporation for the Defence of Human Rights (CREDHOS), die seit mehr als dreißig Jahren in der Region tätig ist, wurden ähnlichen Angriffen ausgesetzt.

Trotz der Herausforderungen, mit denen sie bei der Verteidigung der Menschenrechte konfrontiert sind, geben die Mitglieder der FEDEPESAN die Hoffnung nicht auf.

In den Worten von Yuly sind sie „amphibische Bauern ohne Land“. „Wir sind Amphibien, wir sind Frauen des Wassers“. Ihr Traum ist, dass das gesamte von der Vereinigung geschützte Gebiet zu einem ökologischen Korridor wird, mit einem Gehweg, der die derzeit existierenden Arten und diejenigen erklärt, die verschwunden sind, sowie Informationen über mögliche Folgen, wenn die Gärten und ihre Biodiversität nicht bewahrt.

5.2.2 DER ANWENDUNG DES BABASSU-KOKONUTS VON Frauen afroamerikanischer Abstammung in Brasilien

Das Maranhão Women's Network (RMM) besteht aus 15 Gemeinden, die sich entlang der Bahnstrecke Carajás befinden. Das Netzwerk wird von 12 Frauen und 15 Wirtschaftsverbänden koordiniert und profitiert insgesamt von 200 Frauen aus der Region. Unter ihnen gibt es vier Gruppen von Kokosbrechern, die das Kokosfleisch extrahieren und mehrere Fabriken, die Öl, Seife, Süßigkeiten und andere Produkte aus den Kokosnüssen produzieren.

Die Quebradeiras von Babassu-Kokos – eine Palmfrucht, die traditionell von Quilombola-Schwarzen und Mestizo-Frauen geerntet und verarbeitet wurde – sammeln, extrahieren und verarbeiten diese Pflanzen als Lebensmittel. Die Mobilisierung der Kokosnussbrecher im Nordosten Brasiliens ist historisch. Seit mehr als drei Jahrzehnten vereinen sich diese Frauen um die Interstate Movement of Babassu Coconut Breakers (MIQCB), die für die Anerkennung und den Zugang zu Land für fast eine halbe Million Frauen kämpft, die sich für die Landwirtschaft und Viehzucht in der nordöstlichen Region Brasiliens ausgesetzt haben.

Das Women's Network wurde 2014 gegründet, als die 'bandequeiras' (Snackverkäufer) ihre Produkte noch an den Zugfenstern entlang der Carajás-Eisenbahn verkauften. Als die Züge mit Klimaanlage ausgestattet wurden, wurden die Fenster geschlossen und die Notwendigkeit neuer Einkommensquellen entstand. „Wir sehen uns als Verteidiger der Umwelt und des Klimas, weil das, was wir tun, die 'babaçuais', die Babassu-Palmen, schützt.

Wir kämpfen für Nachhaltigkeit, wir versuchen, die Umwelt zu bewahren, die Natur zu schützen, die Ufer zu regenerieren und die Pflege der Palmen und die uralte Praxis der Babassu-Kokosbrecher“, sagte Silvana Barbosa, Präsidentin des Netzes.

Maranhão ist der brasilianische Bundesstaat mit den höchsten Armutsraten und extremer Armut im Land. Es umfasst auch die Grenzen der beiden wichtigsten Biome Brasiliens, des Amazonas und der Cerrado Savannah. Dieses Gebiet, in dem Silvana und die Brecher leben, wird als Legal Amazon bezeichnet, ein Bereich reich an einheimischen Pflanzen und Wildtieren, das einen Übergang zwischen dem feuchten tropischen Wald und den trockenen Gebieten im Nordosten bildet. Dieser Kokosnusswald besteht aus der einheimischen Babassu-Palme.

Brasilien ist der weltweit größte Sojaproduzent und auch einer der größten Fleischproduzenten, zwei der Haupttreiber der Entwaldung im Land. Nach den neuesten Regierungsdaten ist die Fläche im Amazonas um 33,6 % im ersten Halbjahr 2023 zurückgegangen, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nach einigen der verheerendsten Jahre für diesen Regenwald. Im gleichen Zeitraum verzeichnete der Cerrado jedoch eine Zunahme der Fläche unter Entwaldungswarnung von 21%. Diese Biome wurden vom IPCC als anfällig für den Klimawandel identifiziert.

„Die Behörden müssen die Entwaldung stoppen, weil die Landwirte zu viele Palmen und zu viel Wald abschneiden. Die Bauern legten Gift in die pindovas (kleine, sich entwickelnde Palmen) um sie vom Wachstum zu verhindern. Sie schneiden die Palmen ab, um Gras für Vieh zu pflanzen. Das sollte nicht geschehen.

Wo ein Kokosnuss fällt, wächst er, aber die Bauern töten ihn, bevor er sich entwickeln kann. Die meisten Bauern sehen es als Pest.

Eine Babassu-Palme lebt etwa 20 Jahre und wächst bis zu einer Höhe von 15 bis 20 Metern. So können über einen Zeitraum von 20 Jahren viele neue Babassus wachsen“, sagte Silvana.

Nach vier Jahren der Regierung von Jair Bolsonaro, die die Entwaldung und den Abbau natürlicher Ressourcen förderte, und dank der Mobilisierung indigener Völker und anderer Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen kündigte der neu gewählte brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva Ende 2022 an, dass er den Schutz der Biome des Landes fördern wird. Auf dem Amazon-Gipfel im August 2023 in Belém verabschiedeten Brasilien und die anderen sieben Vertragsstaaten des Amazonas-Kooperationsvertrags einen allgemeinen Plan zum Schutz des Regenwaldes. Dazu gehörten die aktive Teilhabe an und die Achtung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, die Schaffung eines sicheren Umfelds für Menschenrechtsverteidiger

und die Förderung, Stärkung und Anerkennung nachhaltiger Produktions- und Konsumpraktiken. Die Organisationen der Zivilgesellschaft haben jedoch darauf hingewiesen, dass die Länder in der Region nicht die Ambition haben, die Entwaldung bis 2030 zu null zu erreichen, sowie einen klaren Fahrplan für die Verwirklichung der territorialen Rechte der indigenen Völker fehlen. Die Achtung der Rechte der indigenen Völker und der traditionellen Gemeinschaften war eine der Hauptversagen des brasilianischen Staates. Zum Beispiel hat der Senat einen Gesetzentwurf gebilligt, der trotz eines Urteils des Bundesgerichtshofs tiefgreifende Änderungen am Prozess der Demarkation indigener Länder vornehmen soll, wodurch das Recht auf Selbstbestimmung und traditionelles Territorium erheblich eingeschränkt wird. Diese gleichen Mängel gelten auch für Afro-Abstammungsvölker, insbesondere schwarze Frauen, deren Lebensbedingungen durch strukturelle Hindernisse beeinträchtigt werden, die sich aus geschlechtsspezifischer Diskriminierung, Rassismus und der Kreuzung der verschiedenen Formen von Diskriminierungen ergeben, denen sie ausgesetzt sind. Die Mitglieder des Netzes behaupten, dass sie in Bezug auf Rechte, wie das Recht auf Gesundheit, nicht geschützt sind, da sie weiterhin Kokosnüsse brechen, während sie auf dem kalten Boden sitzen, ohne Komfort oder Sicherheit. Sie berichten auch über den Mangel an ausreichender Infrastruktur, um ihre Kinder zu erziehen, Zugang zu sauberem Wasser zu erhalten und sich in der Region zu bewegen. Durch den Dialog konnten sie jedoch ihre Arbeit nachhaltig weiterentwickeln. Sie haben mit den Gemeinden, insbesondere den Frauen, gesprochen, um ihre Bedürfnisse zu verstehen und alternative Lebensmittel zu finden. Sie haben auch mit den lokalen Behörden gesprochen, um ihre Arbeit zu fördern und Anerkennung in der Gegend zu gewinnen, obwohl sie behaupten, dass die Babassu-Ressource und die Produkte, die sie daraus herstellen, unterbewertet sind. Dennoch kommt der größte Teil des Widerstands, dem sie gegenübersehen, von ihren Partnern. Einige Frauen haben aufgehört, an Netzwerkprojekten teilzunehmen, weil ihre Partner sie daran hindern, irgendwo zu gehen. „Der männliche Chauvinismus ist aufregend“, erklärten Antônia Maria Alves und Maria Antonio Santos Lopes, Mitglieder von Todo Dia, einem der RMM-Unternehmen. Anfang 2023 erhielt das Netzwerk einen Preis für Projekte, die zur Erhaltung des Planeten beitragen. Dies war ein wichtiger Anreiz für die Frauen, ihre Arbeit fortzusetzen. „Die Auszeichnung kam zum richtigen Zeitpunkt. Wir hatten noch nie eine Auszeichnung erhalten, und diese hat unsere Arbeit als Umweltschützer anerkannt.“

5.3 Anpassung an den Klimawandel, Verluste und Schäden

Es gibt zwei weitere Schlüsselemente bei der Bewältigung der Klimakrise, in denen Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen eine entscheidende Rolle spielen. Eine davon ist die Anpassung, die sich auf die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Anpassungen bezieht, die unternommen werden, um die gegenwärtigen oder potenziellen Auswirkungen der globalen Erwärmung wie Überschwemmungen oder Dürren zu begrenzen oder zu vermeiden. Die von den Staaten ergriffenen Anpassungsmaßnahmen sollten dazu beitragen, dass die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wie Wohnraum, Nahrung, Kultur, Zugang zu Wasser und eine gesunde Umwelt schrittweise gewährleistet und verwirklicht werden, insbesondere in bereits anfälligen Gemeinschaften. Es gibt viele Möglichkeiten zur Anpassung, darunter Frühwarnsysteme, klimaresistente Infrastrukturen, Anpassungen von Wohnungen, die Nutzung nachhaltiger Kulturen, effizientere Mechanismen für die Verwendung von Wasser und Nahrungsmitteln oder der Schutz von Wäldern und Meeresökosystemen wie Mangroven. Das zweite Element ist die unvermeidlichen Verluste und Schäden, die durch die irreversible Erderwärmung aufgrund historischer Emissionen und der langsamen Umsetzung von Abschwächungs- und Anpassungsmaßnahmen entstehen. Solche Verluste und Schäden stellen Verletzungen der Menschenrechte dar, wie das Recht auf Leben, Gesundheit oder Wohnraum, Vertrieb, Verlust von Traditionen und Kultur und andere, und es muss daher eine Entschädigung gewährt werden.

Damit die Anpassungsmaßnahmen und die Entschädigung von Verlusten und Schäden wirksam sind, müssen die betroffenen Bevölkerungsgruppen in den gesamten Planungs-, Durchführungs- und Überwachungsprozess sowie in die Zuweisung von Ressourcen sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene eingebunden werden. Wenn die Anpassungsmaßnahmen unzureichend sind und die Entschädigung unzulänglich oder tatsächlich schädlich für die Menschenrechte ist, haben Verteidiger, Gruppen und Organisationen, insbesondere Umweltschützer und die am stärksten betroffenen Gemeinschaften, negative Auswirkungen gemeldet – einschließlich Verletzungen der menschlichen Rechte wie das Recht auf Konsultation und freie, vorherige und informierte Zustimmung, das Recht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie das Recht des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit – und suchen nach Wegen zur Anpassung an den Klimawandel. In Chile zum Beispiel haben sich Menschenrechtsverteidigerinnen organisiert, um den Wasserknappheit der Bevölkerung in der Provinz Petorca entgegenzuwirken. Die Wassersituation ist nicht nur mit einer Trockenheit verbunden, sondern auch mit der wirtschaftlichen Aktivität in der Gegend, insbesondere der Nutzung von Land für den intensiven Anbau von Avocados und Zitrusfrüchten. Chilenische Frauen-Menschenrechtsverteidiger haben illegale Wassergewinnungen gemeldet und die Verwaltung dieser Ressource durch die Gemeinde gefordert.

5.3.1 Die UNO-Nation des Pessimismus angesichts der Klimakrise in

Quebec

Pessamit ist eine indigene Gemeinde der Innu Nation in der Region Côte-Nord in der kanadischen Provinz Quebec an der Mündung der Flüsse St. Lawrence und Betsiamites. Die Reserve, wie sie im Indian Act 212 definiert ist, umfasst eine Fläche von etwa 256 km² und hat eine Bevölkerung von etwa 4.000 Menschen.

Das ursprüngliche Territorium der Innu, das Nitassinan, ist jedoch viel größer und umfasst rund 138.000 km². Die Innu haben dieses Gebiet weder an die Bundes- noch an die Provinzregierungen abgetreten. Im Jahr 2005 begann die Pessamit-Gemeinschaft mit einem Gerichtsverfahren, um ihr Vorgängergebiet formell zu beanspruchen.

Adélar Benjamin vom Pessamit Innu Council und Éric Kanapé, Landwächter, erinnern daran, dass einer der Auslöser für ihre Mobilisierung zum Klimawandel in den frühen 2000er Jahren die Erosion der Küste und die Tatsache war, dass sie dort ihre jährliche Zeremonie nicht mehr abhalten konnten. „Mit der aktuellen Erosionsrate schätzen wir, dass ein Viertel von Pessamit in 10 Jahren verschwinden wird, und das ist optimistisch. Das Problem betrifft zwischen 40 und 50 Familien“, so Adélar.

Die Auswirkungen von Rechtsvorschriften, kolonialistischen und rassistischen Politiken, Klimawandel, Wasserkraft-Projekte und Abholzung haben die Biodiversität von Nitassinan und damit die Lebensweise der Pessamiulnuat negativ beeinflusst (Pessamit people). Sie haben sich gegen Entwaldungs- und Wasserkraftprojekte ausgesprochen, von denen die meisten vom staatlichen Unternehmen Hydro-Québec errichtet und verwaltet wurden, die zu Überschwemmungen, der Zerstörung von Land und Wäldern und der Störung der Fischerei beigetragen haben, mit negativen und irreversiblen Auswirkungen auf ihre Bräuche, Traditionen, Lebensweise und Rechte als indigene Völker.

Das Innu-Gebiet, im Herzen des Borealenwaldes, wurde von den Pessamiulnuaten zum Fischen von Lachs und Schalentieren, zur Fangung von Austern, Beeren, Minken und Linzen, zur Jagd auf Hasen, Papageien, Mücken, Wölfe und Minashkuau-atiku (der Innu Begriff für Waldkaribou) und zur Sammlung von Beeren und Heilpflanzen genutzt. Heute mussten sich die Pessamiulnuat dem neuen Klimakontext anpassen. Sie sind jetzt stärker von verarbeiteten Lebensmitteln aus Geschäften abhängig, was die Traditionen und die Lebensmittelsicherheit, die sie früher genossen, weiter untergräbt. Eine stillgelegtere Lebensweise, verbunden mit kolonialistischen Politiken und der Veränderung der Landschaft durch die Forst- und Wasserkraftindustrie, bedeutet, dass die

Gemeinschaft nicht mehr in der Lage ist, in das Gebiet zu reisen, um das indigene Wissen, einschließlich der Sprache, zwischen den Generationen zu teilen.

Die Pessamiulnuat haben ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, nicht nur ihr gesamtes Gebiet, das Nitassinan und die Reserve zu schützen, sondern auch ihre Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit. „Wir haben in diesem Jahr Feuer gehabt, wir hatten 1991 Feuer, Pessamit musste evakuiert werden. Wir erlitten im Jahr 2005 starke Regenfälle aus Katrina. Wir erleben die Folgen des Klimawandels seit Jahren, und wir erleben sie auch heute noch.

Bereitschaft ist ein Muss. Mehr ernsthafte Ereignisse stehen am Horizont, und wir müssen uns um die Umwelt kümmern“, warnte Adélard.

Der Pessamit-Innu-Rat arbeitet mit Universitäten zusammen, um die Auswirkungen des Klimawandels auf sein Hoheitsgebiet zu untersuchen.

Der Rat leitet auch eigene Projekte, wie das Betsiamites River Salmon Restoration Project, und verfügt über einen speziellen Haushalt zur Überwachung des Nitassinan, einschließlich regelmäßiger Besuche in das Gebiet. Darüber hinaus loben sie die Provinzbehörden für die Schaffung eines durch Innu geführten Schutzgebiets in der Pimpuakan-Region, um die Innu-Kultur und den Waldkaribou zu schützen.

Er erklärt, dass sie in den letzten Jahren intensiv mit Organisationen wie SNAP Québec und Nature Quebec zusammengearbeitet haben, um das Bewusstsein für diese und andere Themen zu erhöhen.

„Wir waren an der COP15 (des Übereinkommens über biologische Vielfalt) anwesend, um unser Schutzgebietsprojekt einem breiteren internationalen Publikum vorzustellen.

Wir haben an allen verfügbaren Foren der Regierung Quebec teilgenommen. Nichts wurde erreicht.

Die Regierungsstrategie zum Schutz von Caribou sollte im Juni gestartet werden, aber es ist jetzt Juli und wir warten noch. Wir werden vermutlich erneut darüber konsultiert werden. Für das geschützte Gebiet hat die Regierung Quebec etwas anderes vorgeschlagen, und wir befinden uns jetzt in der Phase der öffentlichen Konsultation mit unserer eigenen Gemeinschaft.“ Pessamit-Mitglieder fordern, dass die Bundes- und Provinzbehörden ihre Rechte respektieren und für den Schaden, der durch die Forst- und Wasserkraftindustrie in ihrem Hoheitsgebiet verursacht wurde, Entschädigung zahlen. Sie fordern außerdem, dass sie als Schlüsselakteure bei der Planung und Durchführung von Politiken und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel betrachtet werden. Sie glauben, dass ihr Wissen und der Austausch dieses Wissens ein wichtiges Instrument für Klimagerechtigkeit ist.

Und schließlich wollen sie voll anerkannt werden als gemeinsame Verwalter von Nitassinan Land und Ressourcen, auf gleicher Ebene mit der Regierung von Quebec. „Die Kanadier und die Bevölkerung von Quebec müssen die Fehler der Vergangenheit anerkennen, weil wir sie erlebt haben. Sie müssen an uns glauben und an die Versöhnung, denn Versöberung bedeutet, für Quebec und für Kanada zusammenzuarbeiten. Sie müssen erkennen, dass wir wissen, wie man das Land verwaltet, und dass wir auch unser Territorium schützen wollen“, argumentiert Adélard.

5.4 Der Kampf für eine gerechte Energiewende, die die Menschenrechte respektiert

Um unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern, als notwendiger Schritt zur Senkung der Kohlenstoffemissionen und zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf höchstens 1,5°C, ist eine Energiewende erforderlich. Ein Übergang, der sorgfältig verwaltet werden muss. Einerseits ist die Verwendung erneuerbarer Energien in den Sektoren Elektrizität, Heizung und Verkehr unerlässlich. Gleichzeitig müssen die Staaten Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs ergreifen, beispielsweise durch die Umsetzung von Vorschriften über Energieeffizienz, die Kreislaufwirtschaft oder die Nutzung des öffentlichen Verkehrs. Die Energiewende muss auch fair sein, was bedeutet, dass sie ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig sein muss, in einer Weise, die die Menschenrechte für alle gewährleistet und bestehende Ungleichheiten beseitigt, einschließlich der Gewährleistung des Zugangs zu Energie, insbesondere für die niedrigsten Einkommen und die am meisten marginalisierten Gruppen. Zum Beispiel, obwohl es wichtig ist, Verbrennungsfahrzeuge durch Elektrofahrzeuge zu ersetzen, erfordert die

Batterieproduktion eine massive Erhöhung der Mineralien wie Lithium aus trockenen Ökosystemen, die bereits stark vom Klimawandel betroffen sind.

Dies könnte zu Verletzungen der Menschenrechte führen, wie z.B. Zugang zu Wasser, eine gesunde Umwelt oder die freie, vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Völker. Darüber hinaus gehen die Gewinne aus der Ausbeutung dieser natürlichen Ressourcen in der Regel nicht an die Gemeinschaften, aus denen sie stammen, was ihren Zustand der Ungleichheit und Ausgrenzung bestätigt.

In den Amerikas hat Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen dokumentiert, wie indigene Völker, Afro-Abstammungen, andere rassistische Individuen und Gruppen sowie Bauern und ländliche Gemeinschaften die Menschenrechte wie das Recht auf Konsultation und freie, vorherige und informierte Zustimmung, die Beteiligung der Öffentlichkeit und eine gesunde Umwelt verteidigen, wenn sie mit dem Bau von Wasserdämmen konfrontiert sind. Eines der paradigmatischsten Beispiele in der Region ist der Kampf des Lenca-Volkes gegen den Bau des Agua Zarca-Damms in Honduras, der mit dem Mord an der Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres im Jahr 2016 der Öffentlichkeit aufmerksam gemacht wurde.

Im Süden von Mexiko haben sich Gemeinschaften der indigenen Völker von Oaxaca, die sich teilweise um die Versammlung der einheimischen Bevölkerungen des Isthmus im Schutz des Landes und des Territoriums organisierten, gegen den Bau von Windparks auf ihren Gebieten ausgesprochen, da sie keine freie, vorherige und informierte Zustimmung hatten und diese Windparks schwerwiegende Auswirkungen auf ihre Landwirtschaft, ihr Land und ihr Lebensunterhalt hatten. Etwas Ähnliches geschah im Norden Kolumbiens. Das Departement La Guajira hat das größte Wüstengebiet des Landes und ist reich an natürlichen Ressourcen wie Kohle, Gas und Salz. Siebenundfünfzig Windparks sind entweder in Betrieb, geplant oder vorgesehen, bis 2034 gebaut zu werden. Allerdings fehlt es an Trinkwasser, öffentlichen Dienstleistungen und vor allem an Nahrungsmittelsicherheit für die Wayúu, die in der Gegend leben.

5.4.1 Lithium-Mining im indigenen argentinischen Gebiet

Seit Generationen leben und pflegen die Kolla- und Atakama-Nationen und Völker das Gebiet des Salinas Grandes Basins und der Guayatayoc-Lagune mit einer Bevölkerung von rund 7.000 Menschen in 33 Gemeinden. Zweiundzwanzig von ihnen befinden sich in der Provinz Jujuy und die übrigen in Salta, im Nordwesten Argentiniens, im Teil des Altiplano bekannt als Puna, in der Nähe der Grenze zu Chile und Bolivien. Ihre Weltanschauung umfasst eine innige und geistige Beziehung zu ihrem Vorfahrenland, das nicht nur die Quelle ihres Lebens, sondern auch ein untrennbarer Bestandteil ihrer Geschichte, Kultur und Identität ist.

Die Salinas Grandes sind ein Naturwunder, eine Halbwüstenregion mit einer riesigen Salzfläche. Zusammen mit der Lagune Guayatayoc stehen sie im Mittelpunkt der Debatte über die Zukunft der Umwelt, der Entwicklung und der indigenen Völker des Gebiets. Sie sind Teil des so genannten "Lithium-Dreiecks", einem Gebiet, das Chile, Argentinien und Bolivien umgibt, das schätzungsweise mehr als die Hälfte der weltweiten Lithiumreserven enthält. Im Rennen um den Übergang zu erneuerbaren Energiequellen ist Lithium zu einem strategischen Mineral geworden, als einer der Schlüsselkomponenten von aufladbaren Batterien und Stromspeichergeräten.

Mit den Nachrichten über die Entdeckung von "weißem Gold" in den Provinzen Jujuy und Salta im Jahr 2010 begannen die 33 Gemeinden, sich um den Rundtisch der indigenen Völker für das Salinas Grandes-Becken und die Guayatayoc-Lagune zu organisieren, um das Bewusstsein dafür zu erhöhen, dass das Abbau von Lithium auf ihren Gebieten negative Auswirkungen auf ihre Lebensgrundlagen hat und ihre Menschenrechte verletzt. Die Extraktion von Lithium kann die Verwendung einer Technik beinhalten, die wegen ihrer potenziellen Umweltauswirkungen in Frage gestellt wurde, da sie in einer Region mit Wasserknappheit große Wassermengen erfordert. Darüber hinaus sind das Gebiet und die Salzfläche nach wie vor zentral für die Lebensunterhaltstätigkeiten der Gemeinden, darunter die handwerkliche Salzproduktion, die Landwirtschaft und die

Kleinviehzucht. Der Abbau von Lithium könnte daher einen negativen Einfluss auf den Zugang der indigenen Völker zu Rechten wie Wasser, Nahrung, einer gesunden Umwelt und Kultur haben. Die Gemeinden in Salinas Grandes und Guayatayoc Lagoon behaupten außerdem, dass ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung nicht eingehalten wurde. Bergbaukonzessionen werden von den Provinzregierungen auf der Grundlage von Umweltauswirkungsberichten genehmigt, die von den betroffenen Unternehmen erstellt wurden, aber die Gemeinden behaupten, dass es oft keine Beteiligung oder Konsultation gibt.

Nach Angaben der Environment and Natural Resources Foundation (FARN) sind auf der Grundlage von Informationen, die von den Bergbauunternehmen bereitgestellt wurden, bereits vorläufige Schlussfolgerungen zu den Wasser- und Geologischen Risiken in den Becken Salinas Grandes und Guayatayoc Lagoon und Olaroz-Cauchari verfügbar, wenn eine Verdunstungsmethode verwendet wird, ohne Wasser erneut in das Grundwassersystem einzuführen. Zu den Risiken zählen die irreversible Verschlechterung der Süßwasserreserven und der Landabbau mit Folgen für die uralte Salzernte der Gemeinden.

Seit 2011 berichtet die Runde Tafel über diese Situation an die örtlichen und nationalen Justizbehörden sowie an internationale Menschenrechtsorganisationen. In den Jahren 2014 und 2015 haben die Gemeinden ein kollektives Instrument der Konsultation und des freien, vorherigen und informierten Zustimmungsverfahrens für ihre Gemeinden vorbereitet, das Kachi Yupi genannt wird, basierend auf ihrer eigenen Kultur, Traditionen und Gemeinschaftsgeschichte. Dieses Instrument ist ein Programm, das definiert, wie der Staat und die privaten Parteien handeln sollten, um die Gebiete der indigenen Völker zu respektieren und ihre Rechte nicht zu verletzen.

Im Jahr 2019 entdeckten die Gemeinden die Existenz einer öffentlichen Ausschreibung aus der Provinz Jujuy für die staatliche Bergbauunternehmen Jujui Energía y Minería Sociedad del Estado (JEMSE) für die Erteilung neuer Erforschungsgenehmigungen auf ihrem Land. Gemeinden aus dem Jujuy-Becken veranstalteten sofort öffentliche Proteste gegen die Ausschreibung und äußerten sich gegen die Lithium-Exploration. Einige Tage nach den Demonstrationen erkannte die Jujuy-Regierung an, dass die Unternehmen keine Erforschungsmaßnahmen in allen Gemeinden durchführen durften, und forderte sie auf, solche Aktivitäten einzustellen.

Im selben Jahr eröffneten die Gemeinden Salinas Grandes und Guayatayoc Lagoon und die FARN, eine der Organisationen, die den Prozess unterstützt haben, Verfahren für ein Umweltverfahren, um die schwerwiegenden und irreversiblen Schäden zu verhindern, die das Abbau von Lithium und Borat diesen Gewässern verursachen würde. Der Oberste Gerichtshof des Landes (CSJN) hat 2023 eine Resolution erlassen, in der die Provinzregierungen Salta und Jujuy sowie die nationale Regierung um Informationen über alle Genehmigungen für die Erforschung und Ausbeutung von Lithium und Borat in den Becken ersucht wurden.

Statt die Achtung der Menschenrechte zu garantieren, hat die Jujuy-Regierung die Meinungsfreiheit und den friedlichen Protest in der Provinz, auch von indigenen Völkern, weiterhin behindert. 2022 führte sie ein Gesetz zur Reform der Provinzverfassung und zur Einschränkung von Protesten durch das Verbot von Straßenblocks und der „Usurpation von öffentlichen Räumen“ ein. Die Reform wurde am 16. Juni 2023 ohne Zustimmung der Zivilgesellschaft vorangetrieben, die in friedlichen Protesten auf die Straße ging und von den lokalen Behörden gewaltsam unterdrückt wurde. Sowohl der IACHR als auch die UNO haben ihre Besorgnis über die Lage in Jujuy zum Ausdruck gebracht. Trotzdem führten die örtlichen Behörden im Juli rund 40 Verhaftungen durch, einige davon während der Durchsuchungen, einschließlich der willkürlichen Inhaftierung des Menschenrechtsverteidigers Alberto Nallar. Amnesty International konnte feststellen, dass die Provinzpolizei von Jujuy willkürliche Verhaftungen durchführte und illegale Gewalt und andere Praktiken zur Unterdrückung sozialer Proteste im Zusammenhang mit diesen Mobilisierungen einsetzte. Gemeinden aus Jujuy haben sich seit August friedlich vor dem Obersten Gerichtshof in Buenos Aires unter dem Motto „Mit Rechten auf, mit Reformen auf“. Verónica, eine Frau aus Salinas Grandes, möchte die Menschen über ihren 13-jährigen Kampf aufmerksam machen: „Sie wollen Geschäfte mit Ausländern machen, mit Unternehmen“. Verónica betonte, dass sie das Wasser für ganz Argentinien verteidigen. „Wir müssen Opfer machen, um den Planeten zu retten.“

Menschen, Wildtiere und Haustiere leben auf unseren Ländern; wir verteidigen die Rechte aller von ihnen. Unsere Großeltern verteidigten unsere Rechte, und jetzt verteidigen wir die Rechte zukünftiger Generationen. Salinas Grandes ist bedroht; jeder muss sich dem Kampf anschließen“.

6. ERFOLGUNGEN UND Empfehlungen

Die sechs Beispiele, die in diesem Papier enthalten sind, und die Verweise auf andere Kontexte, die von Amnesty International und anderen Organisationen, Experten und Organen für Menschenrechte und Klimaschutz dokumentiert wurden, zeigen, wie Menschenrechtsverteidiger, -gruppen und -organisationen, einschließlich derjenigen, die die Umwelt verteidigen, zur Klimagerechtigkeit in den Vereinigten Staaten beitragen. Die meisten von ihnen sind indigene Völker, wie in den Beispielen aus Argentinien und Kanada, Afro-Abstammung, wie es in Brasilien der Fall ist, oder Bauern und Fischereigemeinschaften, wie sie in Kolumbien sind. Viele von ihnen werden von Mädchen, Jugendlichen und Frauen geleitet oder eingeschlossen, wie zum Beispiel die neun Mädchenaktivisten in Ecuador oder die Kokosnussbrecher in Brasilien. Und vor allem wird die Verteidigung in allen Fällen gemeinsam durchgeführt.

Angesichts ihrer Erfahrung ist es unerlässlich, dass diese Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen sinnvoll an den Entscheidungsräumen zu Umwelt- und Klimagerechtigkeitsfragen teilnehmen, und die Staaten müssen dieses Recht ohne Diskriminierung gewährleisten. Bedeutende Beteiligung muss den besonderen Merkmalen der verschiedenen Gruppen zugeschnitten sein, wobei berücksichtigt werden muss, ob es sich um Mädchen, Jugendliche und Frauen, indigene Völker, Afro-Abstammung, andere rassistische Menschen und Gruppen oder Bauern und ländliche Gemeinschaften handelt, sowie die unterschiedlichen Kreuzungen zwischen ihnen. Bedeutende Beteiligung „macht die Entscheidungsfindung besser informiert und nachhaltig, und die öffentlichen Institutionen effektiver, verantwortungsbewusster und transparenter. Dies wiederum verstärkt die Legitimität der staatlichen Entscheidungen und deren Eigentum durch alle Mitglieder der Gesellschaft“ und erfordert ein „langfristiges Engagement der öffentlichen Behörden“, „echten politischen Willen“ und „eine Veränderung der Denkweise in Bezug auf die Art und Weise, wie die Dinge getan werden“.

Es ist wichtig festzustellen, dass die Klimakrise in einem historischen Kontext stattfindet, das von einem patriarchalischen, rassistischen und äußerst ungleichen System gekennzeichnet ist, das vom Kolonialismus beeinflusst ist, über öffentliche Politiken und wirtschaftliche Aktivitäten verfügt, die auf Extraktivismus beruhen, und besonders gewalttätig gegen Frauen, Mädchen und Personen mit sexueller Vielfalt, indigene Völker und Afro-Abstammung sowie andere rassisierte Individuen und Gruppen ist. Deshalb müssen, wie der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Rassismus, Tendayi Achiume, betont hat, "Staaten, multilaterale Akteure und transnationale Unternehmen die Regierungsführung, die Überwachung und die Bewertung der extractivistischen Wirtschaft in den Grundsätzen der souveränen Gleichheit, des Selbstbestimmungsrechts aller Völker und des Rechts auf Entwicklung verankern".

In einigen der in diesem Bericht aufgeführten Fälle stellt sich das Hauptproblem bei der Verteidigung der Rechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel darin, dass der Staat das Recht auf Konsultation und freie, vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Völker nicht respektiert. Dies wurde von der Gemeinde Wet'suwet'en in Kanada und den Gemeinden Salinas Grandes und Guayatayoc Lagoon in Argentinien berichtet. In diesem Zusammenhang wird auch oft erwähnt, dass Gemeinden, ob indigene Völker, Afro-Abstammung oder Bauern, trotz ihrer Verantwortung für die Pflege des Grundstücks kein rechtliches Eigentum oder eine rechtliche Vereinbarung über das Land haben und daher ihre Rechte darüber nicht gewährleistet sind.

In den meisten Beispielen, die in diesem Dokument dargestellt werden, berichten Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen, dass die Behörden nicht für den Dialog offen waren, sondern dass sie das Ziel von Angriffen während der Proteste waren, die entweder auf eine bestimmte Person (in der Regel einen Führer) oder eine ganze Gruppe gerichtet waren. Wo

Raum für einen sinnvollen und legitimen Dialog mit Behörden oder Unternehmen geschaffen wurde, war es durch die Initiative und den Druck der Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen selbst. Im Allgemeinen ist ihre Beteiligung auf die lokale oder nationale Ebene beschränkt. Engagement auf regionaler oder internationaler Ebene ist weniger häufig, entweder weil sie keinen Zugang zu den notwendigen Informationen oder Teilhabeverfahren haben, oder weil sie nicht über ausreichende Ressourcen verfügen, um dies zu tun.

Zu den in diesem Bericht enthaltenen Beispielen zählen Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen, die negative Auswirkungen auf ihre Menschenrechte aus öffentlichen und privaten Geschäftstätigkeiten gemeldet haben, wie die indigenen Völker Kanadas, Argentiniens oder Ecuadors.

Amnesty International erläutert unten eine Reihe von Empfehlungen an Staaten, internationale Organisationen und Unternehmen. Sie sind allgemeiner Natur und konzentrieren sich auf die Erleichterung der Arbeit von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die im Zusammenhang mit der Klimakrise Menschenrechte verteidigen, insbesondere derjenigen, die die Umwelt schützen.

AN STATTE UND INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

-Die legitime Arbeit der Menschenrechtsverteidiger, der Gruppen und Organisationen, die zur Klimagerechtigkeit beitragen, einschließlich derjenigen, die die Umwelt schützen, insbesondere der indigenen Völker, der Afro-Abstammung, anderer rassistischer Menschen und Gruppen, der Bauern und ländlichen Gemeinschaften, der Kinder, der Jugend und der Frauen öffentlich anzuerkennen und zu würdigen.

- das Recht auf Verteidigung der Menschenrechte im Kontext der Klimakrise durch öffentliche Politiken und Gesetze zu achten, die darauf abzielen, Angriffe zu verhindern und die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern, Gruppen und Organisationen in einer umfassenden und einvernehmlichen Art und Weise zu schützen, mit einem differenzierten Ansatz, der die Schwachstellen und die menschlichen Rechte der indigenen Völker, Afro-Abstammung, anderer rassistischer Menschen und Gruppen, der Bauernschaft und der ländlichen Gemeinschaften, der Kinder, der Jugend und der Frauen sowie die kollektive Dimension der Menschenrechtsschutz berücksichtigt.

- Achtung, Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte, die Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen im Zusammenhang mit der Klimakrise wahrnehmen. Insbesondere die Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, einschließlich Aktivitäten wie das Sammeln, Erlangen und Verbreiten von Ideen und Informationen, die Teilnahme an der Regierung und der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten, der Zugang zu internationalen Menschenrechtsorganisationen und die Kommunikation mit ihnen sowie die Vorlage von Vorschlägen für politische und legislative Reformen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Staaten müssen das Recht dieser Personen, Gruppen und Organisationen gewährleisten, Ressourcen aus dem In- und Ausland zu suchen, zu erhalten und zu nutzen.

Quellen, und sicherzustellen, dass administrative Anforderungen das Vereinigungsrecht nicht einschränken.

- durch Gesetzgebung und in der Praxis sicherzustellen, dass friedliche Klimaschutzversammlungen stattfinden können, so dass Proteste erleichtert werden und die Teilnehmer nicht angegriffen werden. Die Behörden müssen dringend Maßnahmen ergreifen, um alle Hindernisse und ungerechtfertigten Beschränkungen zu beseitigen, die eingeführt wurden, um friedliche Proteste vor, während und nach solchen Protesten zu verhindern.

-geeignete Maßnahmen durch Gerichts-, Verwaltungs-, Gesetzgebungs- oder sonstige angemessene Mittel zu ergreifen, um ein Ende der Straflosigkeit für Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen im Zusammenhang mit der Klimakrise zu gewährleisten. Ferner, dass diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen erlitten haben, Zugang zu Gerechtigkeit und wirksamen Rechtsbehelfen haben, wobei zu berücksichtigen ist, ob sie indigene Völker, Afro-Abstammung, andere rassistische Menschen und Gruppen, Bauern und ländliche Gemeinschaften, Kinder, Jugendliche und Frauen sind, sowie die kollektive Natur dieser Verteidigung.

-Bei der Planung und Gestaltung der nationalen Strategien, Gesetze und Pläne – sowie der Klimaschutz- und Anpassungsprojekte und -initiativen sowie aller anderen Projekte, die sich auf das Klima und die Umwelt auswirken –, einschließlich der Nationalen Planungen für die Anwendung des Klimawandels und der auf nationaler Ebene festgelegten Beiträge, müssen angemessene und sinnvolle öffentliche Konsultationen durchgeführt und die Beteiligung von Menschenrechtsverteidigern, Gruppen und Organisationen ohne Diskriminierung sichergestellt werden. Die Zustimmung zu den vorgeschlagenen Entscheidungen muss gesucht werden, wobei Konsultationen an den Kontext der beteiligten Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen angepasst werden müssen. Im spezifischen Fall der indigenen Völker müssen die Staaten mit ihnen konsultieren und mit ihnen zusammenarbeiten und ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung einholen, bevor sie Maßnahmen ergreifen, die sie beeinträchtigen könnten; sie müssen auch Entschädigungen gewähren, falls sie ohne ihre Einwilligung von Land oder Eigentum beraubt werden. Insbesondere müssen die Staaten einen erschwinglichen, rechtzeitigen und nichtdiskriminierenden Zugang zu Verwaltungs-, Gerichts-, Gesetzgebungs- oder anderen geeigneten Mitteln gewährleisten, um Beschwerden über bevorstehende und vorhersehbare Menschenrechtsverletzungen, die sich aus dem Klimawandel oder klimabezogenen Maßnahmen ergeben – sowie früheren und laufenden Verstößen – zu bearbeiten, einschließlich jeglicher Handlungen in ihrem Hoheitsgebiet, die die Rechte von Personen außerhalb ihrer Grenzen untergraben könnten. Die Staaten müssen auch sicherstellen, dass Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen sowie andere Opfer Zugang zu umfassenden und wirksamen Rechtsbehelfen haben, einschließlich Beendigung, Wiederherstellung und Wiedergutmachung, Entschädigung, Rehabilitation und Zufriedenheit sowie Garantien der Nicht-Wiederholung. Die Gewährleistung des Zugangs zu Land und der Rechtssicherheit des Besitzes für alle Personen und Gruppen, insbesondere für indigene Völker, Afro-Abstammung und andere rassisierte Menschen und Gruppen sowie Bauern und ländliche Gemeinschaften, die eine uralte kulturelle Beziehung zum Land haben und von ihm für ihre Existenzquellen und den Zugang zu Nahrung abhängen. Unterstützung und Förderung, durch Politiken, Gesetze und Ressourcen, jeglicher Aktivitäten, die sie im Gebiet für ihren Lebensunterhalt durchführen oder zur Eindämmung oder Anpassung an den Klimawandel beitragen. Gewährleisten, dass diese Menschen und Gruppen Zugang zu Wasser, Nahrung, Gesundheit und Wohnraum haben.

- sicherzustellen, dass die Forderungen der Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen, die im Kontext der Klimakrise tätig sind, einschließlich der Umweltschützer, erfüllt werden, damit die Staaten die Ziele des Übereinkommens von Paris erreichen können, namentlich die schrittweise Beseitigung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und eine gerechte Energiewende.

-Unternehmen, einschließlich der Finanzinstitute (öffentliche und private), verpflichten sich, ihre Menschenrechtspflichten durch regelmäßige und öffentliche Berichterstattung über ihre Menschenrechtspolitik und ihre Umsetzung, Folgenabschätzungen, Kommunikation und Konsultationen mit potenziell und tatsächlich betroffenen Rechteinhabern, darunter Menschenrechtsaktivisten, Gruppen und Organisationen, sowie über Maßnahmen zur Minderung von Umweltrisiken im Zusammenhang mit Umwelt- und Klimawandel und deren Auswirkungen zu

erfüllen. Im Falle von Verstößen müssen die Staaten Untersuchungen durchführen und geeignete Maßnahmen ergreifen, um diese zu beheben, wie etwa die Gewährleistung von Schadensersatz.

-einen klaren Rechtsrahmen sicherzustellen, der Sanktionen gegen Unternehmen vorsieht, die an der Kriminalisierung, Stigmatisierung, Missbrauch und Verletzung von Menschenrechtsverteidiger beteiligt sind.

- Verweigern, im Rahmen ihrer geschäftlichen Tätigkeit physische Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger, -gruppen und -organisationen zu begehen, zu genehmigen oder zu befehlen, oder verbale Anschläge zu verüben, die darauf abzielen, die Verteidiger zu diskreditieren oder zu stigmatisieren.

- Verzicht auf Missbrauch des Rechtssystems, namentlich durch strategische Gerichtsverfahren gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit (SLAPPs), um Verteidiger zum Schweigen zu bringen oder zu einschüchtern.

- Gewährleistung und Erleichterung der Pressefreiheit für Medien und Journalisten, die Umwelt- und Klimafragen behandeln, und Bekämpfung von Fehlinformationen in Bezug auf diese Fragen, beispielsweise durch den Austausch zuverlässiger wissenschaftlicher Informationen.

-Die Organe, die regionale und internationale Klimakonferenzen organisieren, sowie die Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) müssen die volle und wirksame Beteiligung von Menschenrechtsverteidigern, Gruppen und Organisationen – einschließlich derjenigen, die die Umwelt schützen – an Entscheidungsfindungsprozessen auf allen Ebenen des Prozesses der Konferenz der Parteien sowie an anderen Schlüsselprozessen ermöglichen und erleichtern, bei denen Entscheidungen, die für die Verwirklichung von Klimagerechtigkeit relevant sind, diskutiert und getroffen werden. Bei dieser Beteiligung müssen das Wissen und das Know-how der indigenen Völker, der Afro-Abstammung und anderer rassistischer Bevölkerungsgruppen, der ländlichen und landwirtschaftlichen Gemeinschaften, der Kinder, der Jugendlichen und der Frauen berücksichtigt werden.

-Die Organe, die regionale und internationale Klimakonferenzen veranstalten, sowie die Vertragsparteien des UNFCCC müssen im Rahmen der Organisation und Durchführung von Klimakonferenz und anderen einschlägigen Veranstaltungen die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlungsfreiheit, gewährleisten.

-Im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen über biologische Vielfalt müssen die Staaten die Länder und Gebiete indigener Völker ausdrücklich als eine eigene Kategorie von Schutzgebieten anerkennen.

-Die Vertragsstaaten des Escazú-Abkommens müssen ihre Verpflichtungen aus dem regionalen Vertrag, einschließlich des Artikels 9, erfüllen, in dem sie aufgefordert werden, ein sicheres und förderliches Umfeld für Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen zu schaffen, die die Menschenrechte verteidigen. Zu diesem Zweck müssen die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) und die Vertragsstaaten alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die sinnvolle Beteiligung aller Mitglieder der Öffentlichkeit, insbesondere der Menschenrechtsverteidiger, an den Konsultationen über den Aktionsplan für Menschenrechtsaktivisten zu erleichtern. Gewährleisten, dass diese Konsultationen im Einklang mit den Grundsätzen der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass die Ergebnisse wirklich die Interessen und Rechte aller Betroffenen in der Region in ihrer ganzen Vielfalt widerspiegeln. Der Prozess muss eine geschlechtsspezifische und

intersektionale Perspektive einnehmen, wobei besonderes Augenmerk darauf gelegt werden muss, die sinnvolle Teilhabe der indigenen Völker, der Afro- und Bauerngemeinschaften, der Frauen, der Kinder und der Jugend zu erleichtern. Dies erfordert eine Analyse der Faktoren, die die Beteiligung der verschiedenen Gruppen erleichtern oder behindern können, und gegebenenfalls die Ausarbeitung einer spezifischen Strategie und konkreter Maßnahmen, um ihren wirksamen Zugang zu Informationen, Teilhabe und Konsultation sowie die freie, vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Völker zu gewährleisten. Beispielsweise sollten Instrumente und Alternativen zur Erleichterung der Konsultation für Menschen mit eingeschränktem oder keinem Zugang zum Internet oder zu technologischen Geräten eingesetzt werden.

-Länder aus Lateinamerika und der Karibik, die noch nicht Vertragsparteien des Escazú-Abkommens sind, müssen diesen Vertrag so bald wie möglich ratifizieren und ihm beitreten. Das ECLAC-Sekretariat und die Vertragsstaaten des Abkommens von Escazú müssen die Ratifizierung und den Beitritt zum Abkommen von Escazú durch alle anderen Länder Lateinamerikas und der Karibik fördern.

FÜR BUSINESS-UNTERNEHMEN

- Vermeiden Sie körperliche oder verbale Angriffe, die darauf abzielen, das Rechtssystem zu diskreditieren, zu stigmatisieren oder zu missbrauchen, mit dem Ziel, zu schweigen oder zu einschüchtern, und vermeiden Sie jede andere Aktion, die die Arbeit von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die Menschenrechte im Zusammenhang mit der Klimakrise verteidigen, behindert. Sicherstellen, dass betroffene Personen Zugang zu Entschädigung haben.

- die Arbeit von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die die Menschenrechte verteidigen, weder durch ihre eigenen Tätigkeiten noch durch ihre Geschäftsbeziehungen zu behindern.

- die Regierungen nicht direkt oder indirekt über Handelsverbände zu loben, um Politiken und Entscheidungen zu treffen, die die kohlenstoffbasierte Wirtschaft aufrechterhalten.

- sicherzustellen, dass ihre Tätigkeiten und die ihrer Tochtergesellschaften und Lieferanten den internationalen Menschenrechtsnormen, einschließlich derjenigen, die sich auf eine gesunde Umwelt beziehen, und den Klimaschutzverträgen entsprechen. Dazu gehört die Durchführung von Menschenrechtseffektbewertungen für jedes Projekt, die Gewährleistung der Beteiligung von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die die Menschenrechte verteidigen, und die Achtung der Rechte von indigenen Völkern, Afro-Abstammungen und anderen rassistischen Völkern und Gruppen, Bauern und ländlichen Gemeinschaften, Kindern, Jugendlichen und Frauen. Dazu gehören die Rechenschaftspflicht für Verstöße und die Entschädigung für den verursachten Schaden.

-Bericht über ihre Treibhausgasemissionen und Rechenschaftspflicht für alle Auswirkungen auf die Menschenrechte oder Umweltschäden, die sich aus ihrem Beitrag zum Klimawandel ergeben können.

Gewährleistung des Zugangs zu diesen Informationen für Menschenrechtsverteidiger, Gruppen und Organisationen, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzen, einschließlich Umweltschützer, insbesondere indigene Völker, Afro-Abstammungen, andere rassistische Personen und Gruppen, Bauern und ländliche Gemeinschaften, Kinder, Jugendliche und Frauen.

-Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger öffentlich zu verurteilen und Politiken zu entwickeln, um ihre Rechte zu wahren, einschließlich der Nulltoleranz für Angriffe gegen Menschenrechtsaktivisten, die im Zusammenhang mit den Betriebs- oder Geschäftsbeziehungen

eines Unternehmens auftreten können. Diese Entscheidungen müssen auf den Leitprinzipien beruhen, ebenso wie Entscheidungen darüber, wann und wie man sich trennt.

-In unabhängigen Sachverständigengruppen transparent zusammenzuarbeiten, um die Situation von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtlern an den Orten, an denen sie tätig sind, zu bewerten.

-Betrachten Sie alle möglichen nachteiligen Auswirkungen auf Menschenrechtsverteidiger als Teil ihrer Sorgfaltsmaßnahmen im Bereich der Menschenrechte und stellen sicher, dass diese Sorge in Bezug auf die Menschenrechte als vorbeugende Maßnahme konzipiert wird, die darauf abzielt, sicherzustellen, dass ihre Tätigkeiten die Gefährdung der Menschenrechtler nicht erhöhen.